BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
08/09-2016
August/September

SPRACH FÖRDERUNG & MIGRATION

GEW

■ Im Juni fand im Deutschen Historischen Museum in Berlin ein besonderes Fest statt: Mit Bundespräsident Joachim Gauck und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer feierten die Gewerkschaften gleich zwei Geburtstage: Seit 40 Jahren gibt es das Gesetz zur paritätischen Mitbestimmung in Aufsichtsräten großer Unternehmen, seit 65 Jahren die Montanmitbestimmung.

Loben alleine reicht nicht

40 Jahre Mitbestimmungsgesetz

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kein Wunder, dass so prominente Gäste kommen: Die Mitbestimmung ist ein Erfolg, und nach allen vorliegenden Meinungsumfragen in der Gesellschaft auch überaus anerkannt. Diese breite Zustimmung hat gute Gründe: Dort, wo es Mitbestimmung gibt, gestaltet sich Wirtschaft deutlich sozialer und demokratischer. Die Demokratie im Unternehmen stützt auch die Demokratie im parlamentarischen Verfahren, weil durch Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen demokratische Verfahren direkt am Arbeitsplatz und damit ganz nah an der Lebensrealität der Menschen praktiziert und erlebt werden können. Die Unternehmensmitbestimmung ist weiterhin ein integraler Bestandteil guter Unternehmenspolitik, die vor allem die Langfristinteressen berücksichtigt. Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer denken nicht nur bis zu den nächsten Quartalszahlen, sondern orientieren sich an der langfristigen und nachhaltigen Zukunft des Unternehmens.

Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft

Aber angesichts der kommenden Herausforderungen – Globalisierung, Digitalisierung, Demographie – reicht der wohlwollende Blick zurück bei weitem nicht. Das Zukunftsthema Mitbestimmung muss erneut auf die politische Agenda. Es darf in keinem Regierungsprogramm fehlen. Denn gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt beruht zentral auf Mitwirkung und auf gleicher Augenhöhe – und um diese Erfolgsfaktoren zu erhalten, muss das Gesetz weiterentwickelt werden. Die Mitbestimmung ist ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und des wirtschaftlichen Erfolgs in der Bundesrepublik. Insbesondere während der Finanzkrise 2008/09 hat sie sich bewährt: Das seit Jahrzehnten erprobte Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten war die Grundlage dafür, dass die Unternehmen mit Bedacht auf die Krise reagiert haben – und viele schnell wieder Fahrt aufnehmen konnten. Betriebsräte und Tarifvertragsparteien regelten den Abbau von Überstunden, den Einsatz von Arbeitszeitkonten und verkürzten Arbeitszeiten. Das rettete in wirtschaftlich schweren Zeiten hunderttausende von Arbeitsplätzen und sicherte den Betrieben die Fachkräfte.

Schlupflöcher schließen

Diese Zusammenarbeit wurde in den vergangenen Jahren von höchsten Stellen gelobt, darunter von der Kanzlerin. Aber loben alleine reicht nicht. Fakt ist: Viele Unternehmen nutzen gesetzliche Schlupflöcher in deutschen Mitbestimmungsgesetzen sowie im europäischen Gesellschaftsrecht aus, um vor der Mitbestimmung zu fliehen oder wenden die Gesetze schlichtweg nicht an. Nicht einmal die Hälfte der Unternehmen mit 500 bis 2000 Beschäftigten hat einen drittelbeteiligten mitbestimmten Aufsichtsrat, obwohl das Gesetz dies vorsieht. Wir wissen, dass heute mehr als 800.000 Arbeitnehmern in Deutschland ihr Recht auf Mitbestimmung vorenthalten wird.

Es wird höchste Zeit: Die Gewerkschaften fordern die Politik auf, jetzt endlich aktiv zu werden und haben dafür die Offensive Mitbestimmung aufgestellt. (Mehr Informationen dazu unter www.mitbestimmung.de).

Wir fordern:

1. Mitbestimmung muss in Deutschland Standard bleiben. Alle Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten unterliegen der Mitbestimmung.
2. Mitbestimmung muss stärker zum Element nachhaltiger Unternehmensführung werden. Unternehmerische Verantwortung und Finanzierung fallen immer weiter auseinander. Wir brauchen Mitbestimmung, um Renditeinteressen von Investoren stärker an langfristige Perspektiven von Unternehmen zu binden. Wer das will, muss echte gesetzliche Parität mit einem »neutralen Mann« im Aufsichtsratsvorsitz einführen.
3. Mitbestimmung muss zum Treiber für sozialen Ausgleich im europäischen Sozialmodell werden. National unterschiedliche Standards dürfen nicht dazu führen, dass Arbeitnehmerrechte ausgehöhlt werden. Der Europäische Betriebsrat muss rechtlich gestärkt und zu einem »Europäischen Wirtschaftsausschuss« werden.

Mitbestimmung passt zu Europa

Oft heißt es als Gegenargument, zu Europa passe die Mitbestimmung nicht. Das ist falsch. Die deutsche Mitbestimmung ist ein starkes Argument in Europa. In 18 von 28 EU-Mitgliedsstaaten und in Norwegen haben Arbeitnehmervertreter das Recht, im Aufsichts- oder Verwaltungsrat mitzuentscheiden. Diejenigen EU-Staaten mit entwickelter Mitbestimmung stehen dabei häufig besser da, als Länder mit schwacher oder keiner Mitbestimmung, wie eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts zeigt. So ist die Zahl der Erwerbstätigen höher, die Aus- und Weiterbildungsquote, und der Anteil an strategischen Zukunftsinvestitionen.

Die Unternehmensmitbestimmung ist ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen und nachhaltigen Unternehmenspolitik. Das müssen wir nicht nur erhalten, sondern ausbauen – jetzt.

moment mal

Wenn zwei dasselbe sagen …

… hat es nicht die gleiche Wirkung. Seit Jahren kämpft die GEW gegen die Unterfinanzierung der Schulen – aber ihre Untersuchungen, die das Zurückbleiben Bremens gegenüber dem Bundesdurchschnitt und vor allem gegenüber den anderen Stadtstaaten eindeutig aufzeigen, sind noch nie auf der ersten Seite des Weser-Kurier gelandet. Anders ist es, wenn die arbeitgebernahe »Initiative neue soziale Marktwirtschaft« (INSM) eine solche Feststellung trifft.

Diese unter Schirmherrschaft von Angela Merkel gegründete Vereinigung ist eine einflussreiche Presselobby, deren »Erkenntnisse« umgehend an prominenter Stelle veröffentlicht werden (WK 19.08.2016, S. 1). Dabei hält ihr jährlich erscheinender »Bildungsmonitor« wissenschaftlichen Standards nicht stand. Der Erkenntnisgewinn ist gering, das Erkenntnisinteresse zudem auf ökonomische Ziele reduziert. Die Studie untersucht, welches Bundesland mit welchem Aufwand (Input) die besten Ergebnisse (Output) in den Handlungsfeldern erzielt, die laut INSM besondere Bedeutung für das zukünftige »Humankapital« haben. Für den Bildungsmonitor werden keine neuen Daten erhoben, sondern Zahlen aus ganz unterschiedlichen Erhebungen zusammengewürfelt und ausgewertet. Das deutsche Bildungssystem hat keinen Mangel an empirischen Erkenntnissen: Es fehlt der politische Wille, die unzureichende Finanzierung zu beenden. j.b.

In-Team

Die neue Redaktion: Redakteurinnen weiterhin gesucht

Dieses Heft wird von der Redaktion in neuer Besetzung präsentiert: Karsten, Wilfried und Werner sind die auf der Mitgliederversammlung gewählten Redakteure, Emmi und ich haben nicht mehr kandidiert. Wir arbeiten aber noch eine Weile mit. Matthias gestaltet weiterhin das Titelbild, wie unschwer zu erkennen ist. Ferdinand ist für die Seite 31 und die Anzeigen verantwortlich. Außerdem ist Jan bei uns als Mitarbeiter eingestiegen (siehe sein Interview im letzten Heft).

Bis auf Emmi nur Männer im BLZ-Team – dieser Zustand sollte nur von kurzer Dauer sein. Für den Bremer Gewerkschaftstag im Oktober wird von einigen Kolleginnen gerade ein Antrag vorbereitet, der Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Vorständen zum Thema hat. Da geht es um Quotierung, Frauenförderpläne, Freistellungen usw. Die BLZ-Redaktion ist eines der Gremien, die das betrifft.

Übrigens: Außerhalb des Redaktionsteams sind für das Korrekturlesen und das Layout Frauen verantwortlich. j.b.

Planung

Heft 10/11-2016: Bildung gegen Rechts
Redaktionsschluss: 26. September 2016

Rubriken

2 40 Jahre Mitbestimmungsgesetz
Reiner Hoffmann, DGB

4 Landesvorstand

Schwerpunkt Sprachförderung & Migration

7 Vorwort
Karsten Krüger

8 Das Zauberwort Integration
Werner Pfau

10 Kritik am Integrationsbudget
Jürgen Burger

11 Umfrage zum Thema
Karsten Krüger

12 Sprachförderlicher (Fach-)Unterricht
Christian Gill

14 Die Unerwünschten und Angepassten
Dr. Zurab Aloian

16 Sprache als Schlüssel zur Welt
Wilfried Meyer

17 Unentgeltliche Deutschkurse
Gabriele Brejla und Hanne Heinze

18 »Let's talk about Islam, Baby!«
Werner Pfau

20 Gedicht »Antworten«
Urs M. Fichtner

Bildung – Politik – Gesellschaft

21 Aus den Fachgruppen

22 Serie 70 Jahre GEW
Jürgen Burger

25 50 Jahre Container
Dr. Matthias Duderstadt

Weitere Rubriken

27 Gratulationen
28 Buchtipps
Emmi Emmenecker

29 Leserbriefe
30 Frischluft
Wilfried Meyer

31 Hinweise
32 Termine

BLZ

August/ September 2016
65. (77.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Karsten Krüger
Tel.: 0173-683 16 78
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 39 84
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel.: 0172-160 98 09
internationales@gew-hb.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Ingrid Emmenecker
Jan Ströh
Jürgen Burger

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 0179-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Zukunftsforum Lehrer*innenbildung

Kompetenz ohne Erkenntnis? Lernen und Lehren im Referendariat in Zeiten der Standardorientierung

(Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben. Bitte auf Infos achten)

■ Kompetenz ohne Erkenntnis? Ist das eine ausreichende Provokation, um sich zu einem »Zukunftsforum« in Sachen Lehrer*innenausbildung anzumelden?
Gerade erst haben die Kultusminister*innen mit ihrer Konferenz im Juni 2014 die »Standards für die Lehrerbildung« aktualisiert und auch Bremen befindet sich in einem Verfahren, das Bremische Lehrerausbildungsgesetz »anzupassen«. Derartige Prozesse sind bekanntermaßen beschwerlich – und nun sollen die Ergebnisse nicht nur hinterfragt, sondern grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Sonst wäre, das kann man von einer Bildungsgewerkschaft erwarten, ein anderer Titel gewählt worden. Der Titel ist aber ernst gemeint. Nicht nur, weil der Bundesgewerkschaftstag der GEW 2013 einen »Aktionsplan Lehrer*innenbildung« beschlossen und darin eine inhaltliche Reform derselben gefordert hat, sondern auch, da sich die Widersprüche praktisch zuspitzen, und zwar zwischen Menschenbild, Bildungsbegriff, Inhaltsbeliebigkeit und Methodenprimat.

Im Vorlauf zu dieser Veranstaltung erarbeiteten Kolleg*innen aus verschiedenen Bereichen der Lehrer*innenausbildung in einem mehr als zweijährigen Arbeitszusammenhang ein 7 Aussagen umfassendes Papier, das der BLZ 5-6/2016 zu entnehmen ist. Darin deutet sich an, dass die Standards nicht zu dem führen, was wir am Dringendsten brauchen: Sinnhaftigkeit, Erkenntnis, Reflexion.
Damit dies gelingt, muss die Ausrichtung der Lehrer*innenausbildung in aller Grundsätzlichkeit aufgerufen werden. Ein Impulsvortrag wird dies mit seinen Überlegungen auf der Grundlage vielfältiger Forschungsergebnisse einleiten. Die Teilnehmer*innen der Workshops sind dann gehalten, Empfehlungen für Bremen auszusprechen.
Die Brisanz ist deutlich. Eine Anmeldung damit naheliegend.

Bernd Winkelmann,
Landesvorstandssprecher

Proteste und Gerichtsverfahren bringen Erfolg

90 Pädagogische Mitarbeiter*innen und Sozialpädagogische Fachkräfte werden endlich bei der Bildungsbehörde angestellt

■ Fast zwei Jahre wurde gekämpft und gestritten, dass Schulvereine nicht mehr als Arbeitgeber für Pädagogische Mitarbeiter*innen an Schule eingesetzt werden. Nun ist es endlich so weit und ein wichtiges Ziel erreicht. Künftig werden Schulvereine nicht mehr Beschäftigungsträger für pädagogisches Personal im Ganztag sein. Die Behörde will allen Pädagogischen Mitarbeitern und Sozialpädagogischen Fachkräften aus dem Sek-I-Bereich, die bei einem Schulverein beschäftigt sind, ein Beschäftigungsverhältnis zum Januar 2017 unmittelbar bei der Senatorin für Kinder und Bildung anbieten. Das ist ein großer Erfolg.
Ungefähr 90 Mitarbeiter*innen erhalten damit einen gesicherten Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst. Damit enden die ungeschützten Arbeitsverhältnisse. Und viele Vorteile winken: VBL-Leistungen werden Standard, die ehemals unklaren Zuständigkeiten durch den Schulverein als Arbeitgeber und auf der anderen Seite die Schulleitungen lösen sich auf. Die Teilnahme an internen Stellenausschreibungen ist möglich, ein verbilligtes Job-Ticket steht zur Verfügung, die neue Familienpflegezeit kann in Anspruch genommen werden und bei Krankheit über sechs Wochen hinaus stockt der Arbeitgeber das Krankengeld auf (Krankengeldzuschuss).
Die Verträge werden wie folgt aussehen: TVL 9 mit der entsprechenden Erfahrungsstufe; Ferienregelung/ Ferienverrechnung 95%-Regelung (nachzulesen im GEW-Ratgeber Arbeitsplatz Schule für Pädagogische Mitarbeiter*innen und Sozialpädagogische Fachkräfte).

Bei noch anstehenden Gesprächen und Verhandlungen wird versucht, optimale Lösungen zu finden. Bei einigen wird es um die Erfahrungsstufe gehen, bei anderen um die berufliche Qualifikation. Die Bildungsbehörde hat zugesichert, dass sich die neuen Arbeitsverträge im Vergleich nicht verschlechtern werden.
Der Personalrat Schulen hilft bei Fragen oder möglichen Problemen. Er bewertet die neue Situation als sehr positiv. Endlich entstehen geregelte Abläufe, endlich erfahren die Pädagogischen Mitarbeiter*innen und sozialpädagogischen Fachkräfte die Wertschätzung für ihre Arbeit in der Ganztagsschule.

Irmgard Ostersehlte

Stadtverband Bremen:

GEW fordert konkrete Maßnahmen gegen Lehrkräftemangel

■ Seit Beginn des letzten Schuljahres wurden in der Stadtgemeinde Bremen von der Bildungsbehörde immer mehr Studierende mit Bachelor-Abschluss über die Stadtteil-Schule als Vertretungskräfte eingestellt. Teilweise arbeiten sie mit hohem Stundendeputat und als KlassenlehrerInnen. Dieser Zustand ist in mehrfacher Hinsicht untragbar:

- Die Studierenden unterbrechen bei hoher Stundenbelastung faktisch ihr Studium.
- Oft sind sie für den Einsatz – bei allem guten Willen – nicht ausreichend qualifiziert und erfahren.
- Außerunterrichtliche Arbeiten, zu denen sie nicht verpflichtet sind, müssen von den anderen KollegInnen mit übernommen werden.
- Würde sich der Trend fortsetzen, hätten wir es mit einer schleichenden Dequalifizierung des LehrerInnenberufs zu tun.

Ursache für die behördliche Praxis sind Versäumnisse in der Ausbildungspolitik. Die 2010 beschlossene Erhöhung der Referendariatsplätze wurde 2012 wieder weggekürzt, Studiengänge an der Universität (Behindertenpädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Sport) wurden geschlossen. Und da diese Politik nicht nur in Bremen, sondern auch in vielen anderen Bundesländern vorherrschte, kann auch nicht auf auswärtige BewerberInnen gehofft werden. Umgekehrt wandern in Bremen ausgebildete Lehrkräfte aufgrund der schlechten Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zum Teil nach dem Referendariat ab.

Der Personalrat Schulen hat am Ende des letzten Schuljahres der Bildungsbehörde mitgeteilt, dass er aus den oben genannten Gründen in Zukunft nicht mehr bereit ist, dem Einsatz von Bachelor-AbsolventInnen als Vertretungslehrkräften zuzustimmen. Daraufhin hat die Senatorin für Bildung dem Personalrat Verhandlungen angeboten. Der Personalrat ist auf dieses Verhandlungsangebot eingegangen und hat den Beschluss der Nichtzustimmung bis zum Halbjahresanfang am 01. Februar ausgesetzt.

Folgende Maßnahmen sind aus Sicht der GEW unabdingbar:

- Der 2012 stornierte Beschluss, die Referendariatsplätze um 100 zu erhöhen, muss zum 01.02.2017 in Kraft gesetzt werden. Die hierfür notwendigen Ausbildungskapazitäten am LIS müssen bereitgestellt werden.
- Der Studiengang Inklusive Pädagogik für die Sekundarstufe I muss umgehend eingerichtet werden. Außerdem ist eine Wiederaufnahme der Studiengänge Deutsch als Zweitsprache und Sport zu planen.
- Der Einsatz von Bachelor-AbsolventInnen als Unterrichtsvertretung ist schrittweise wieder abzubauen. Wenn überhaupt, muss ihr Einsatz auf eine festgesetzte Höchststundenzahl beschränkt werden, die unterhalb des eigenverantwortlichen Unterrichts von Referendar*innen liegt. Den Schulen sind Anrechnungsstunden für ihre Einarbeitung, Begleitung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die jede damit beauftragte Lehrkraft entlastet.

»Bildung. Weiter denken!«

Bremischer Gewerkschaftstag am 26. und 27. Oktober 2016

■ Am 26. und 27. Oktober tagt der Bremische Gewerkschaftstag der GEW jeweils von 9.15 Uhr bis 16.00 Uhr im Tivolisaal des DGB-Hauses Bremen.
Auf der Tagesordnung stehen die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Bundesgewerkschaftstags im Mai 2017 in Freiburg, die Weiterentwicklung des Landesverbandes, satzungsändernde Anträge, inhaltliche Anträge v.a. zur Landes- und Bildungspolitik sowie zu den Arbeitsbedingungen sowie die Beschlussfassung über den Haushaltsabschluss für 2015 und den Haushalt 2017.

Wahlen: Gewählt werden die Bremischen Delegierten zum Bundesgewerkschaftstag der GEW vom 06.-10. Mai 2017 in Freiburg. Laut GEW-Bundessatzung §13 erhält der LV Bremen voraussichtlich 13 Mandate. Davon sind die beiden Landesvorstandssprecher als Mitglieder des Hauptvorstandes gesetzt. Von den restlichen 11 Mandaten muss jeweils eines aus dem Bereich der Jungen GEW, der Studierenden und der Seniorinnen und Senioren besetzt werden. Bei den restlichen 9 Mandaten müssen laut Bundessatzung die vier Organisationsbereiche »Schule«, »Jugendhilfe und Sozialarbeit«, »Hochschule und Forschung« und »Berufliche Bildung und Weiterbildung« vertreten sein.

Satzungsändernde Anträge müssen den Mitgliedern des Bremischen Gewerkschaftstags laut Satzung vier Schulwochen vor der Sitzung vorliegen. Das heißt sie müssen bis zum 31. August in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein.
Weitere Anträge müssen bis zum 26. September in der Landesgeschäftsstelle vorliegen.

Kitas, Spielplätze oder Horte?

Alles geht halt nicht… auch nicht mit Gutschein!

■ Hoffnung keimt auf in vielen Bremer Familien, die Hoffnung auf keinen Kita-Platz. Nicht arbeiten müssen, sondern selbst verantwortlich sein für die Bildungsprozesse der frühen Kindheit, die eigenen Kleinen nicht der öffentlichen Kleinkunsterziehung anvertrauen müssen… So mag der Bremer Senat und seine Bildungsressortspitze den Umstand auswerten, dass mehrere Hundert Plätze im Kita-Bereich fehlen – Realitätssinn ist dort offenbar völlig abhanden gekommen! Jahrelange Fehlplanungen und vorenthaltene notwendige Mittel zum Kita-Ausbau werden schön geredet: Freut euch doch über die unerwartet hohe Zahl an Geburten…

Bremer Bildungs- und Sozialpolitik geht einher mit desaströsen Meldungen aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes: Stadt- und Standesamt seien hier stellvertretend genannt, wobei die Bearbeitungsrückstände im Standesamt demnächst dazu führen könnten, dass keine regulären Kita-Anmeldungen mehr möglich sind, da keine Geburtsurkunden vorgelegt werden können. Ironie und Sarkasmus sind unmittelbare Folgen einer Politik, die nur noch Fassungslosigkeit hinterlässt oder aber alle in die Betten treibt, um revolutionäre Subjekte in Spe auf den Weg zu bringen. Eine solche Revolution wäre im wahrsten Sinne des Wortes »aus der Not« geboren; allein, im Hier und Jetzt schafft sie nicht Abhilfe…

Was eine derartige Bremer Politik aber schafft ist die Zementierung oder gar Vertiefung der sozialen Spaltung in diesem Land, deren Bekämpfung oberste Priorität mit Amtsantritt des neuen Bürgermeisters erlangen sollte. Und sie hat es geschafft, dass Geld nicht mehr der alleinige Heilfaktor ist: Das Aufstellen von Containern oder gar der Bau neuer Kitas kosten auch Zeit – die haben die jetzt ohne Platz Dastehenden aber nicht. Auch das für neue Kitas (und übrigens auch Schulen) notwendige Personal muss erst noch ausgebildet und/oder von außen angelockt werden. Aber welche pädagogischen und wissenschaftlichen Fach- und Lehrkräfte mit Familiengründungsambitionen kommen in eine Stadt ohne Kitas? Die Attraktivität Bremens jedenfalls fällt mehr und mehr in den Negativzinsbereich…

Und weil die Not so groß ist, kämpft man blindlings: Kitas sollen auf Spielplätzen gebaut werden, Hortkinder sollen in die Schulen gesteckt werden, damit die Horte in Kitas umgewandelt werden können, wobei zweierlei völlig aus dem Auge verloren wird: Erstens, viele Horthäuser sind baulich »abgängig« und zweitens ginge unter derzeitigen Bedingungen diese Umwandlung mit einem unermesslichen Qualitätsverlust einher. Und zu guter Letzt kommen die Interessenswalter der Kleinen (die Verbände der freien Wohlfahrtspflege) mit der Forderung nach einem »Gutscheinsystem« zur Platzvergabe daher, dezentralisieren und bedarfsgerechter gestalten – nach Hamburger Modell. Die Träger, die stark nachgefragt werden, stellen mehr Plätze zur Verfügung und rechnen diese dann anschließend mit dem Amt ab. Auch dieses Modell setzt voraus, dass überhaupt grundsätzlich über Qualität von Früher Bildung und die Summe, die Politik bereit ist hierein zu investieren, ein Konsens geschaffen wurde. Ansonsten bleibt es ein Nebenschauplatz, der neben »Trägervielfalt« auch Tarifvielfalt zur Folge haben wird. Alle Träger lassen sich den Bau von Kitas bezahlen, entweder vom Staat oder von den Nutzer*innen… Dass die Bildungssenatorin nun ihren Staatsrat beauftragt, dieses System auf Übernahme zu prüfen, ist Ausdruck eigener Hilf- und Planlosigkeit und damit kennzeichnend für den Gesamtzustand Bremischer Politik – das ist das zusätzlich Bedrückende. Und wären wir im alten Rom, könnten wir uns jedenfalls noch am Bundeswettbewerb »Jugend musiziert« erfreuen – Brot und Spiele auch für die dem Untergang Geweihten. Aber vielleicht lässt sich Klaus Hübotter noch erweichen…

Christian Gloede,
Landesvorstandssprecher

Entlassungen in der Türkei scharf verurteilt

■ Die GEW verurteilt die Entlassung von zehntausenden Lehrkräften und fast 1.600 Hochschuldekanen sowie das Reiseverbot für Wissenschaftler nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei scharf.
Nach der Entlassung hunderter Richterinnen, Richter und Staatsanwälte hat sich die türkische Regierung jetzt offensichtlich den Bildungsbereich vorgenommen: Nach übereinstimmenden Medienberichten entzog sie Lehrberechtigungen, entließ im Ministerium Beschäftigte und schloss über 600 Schulen. »Das ist ein Kahlschlag im Bildungsbereich und stellt das Menschenrecht auf Bildung in Frage. Die Rechte der im Bildungs- und Wissenschaftsbereich Beschäftigten werden ausgehebelt. Die türkische Regierung nutzt den Putsch offenbar, um rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft zu setzen und Stellen mit regierungstreuen Mitarbeitern zu besetzen. Wir fordern die Regierung in der Türkei auf, die Menschenrechte zu achten und die Rechtsstaatlichkeit im Land wieder herzustellen«, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe in Frankfurt a.M. Sie verlangte, alle Repressionen gegen die im Bildungs- und Wissenschaftsbereich Beschäftigten einzustellen sowie die akademische Freiheit zu respektieren und garantieren.

SPRACH FÖRDERUNG & MIGRATION

Sprache, Sprache, Sprache. Das sind die drei entscheidenden Komponenten ob der Prozess des Einwanderns nachhaltig gelingt. Da sind sich die Expertinnen und Experten einig. Menschen, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse zu uns kommen, soll geholfen werden, so das soziale und politische Ziel. Uneinigkeit gibt es, wie das Ziel erreicht werden soll. Grund genug für die BLZ, Hintergründe zu beleuchten, Projekte vorzustellen, die Migration und Sprachförderung beeinflussen.

Was macht die Politik, was unterlässt sie? Wie wird Sprachförderung konkret im Land Bremen umgesetzt? Unsere Autorinnen und Autoren beantworten diese Kernfragen. Gedanken zum »Zauberwort Integration« (Seite 8) und wie eine Willkommenskultur wirklich aussehen sollte, leiten unseren Schwerpunkt ein. Dabei wird auch geklärt, was Uli Hoeness und Alice Schwarzer mit dem Schwerpunktthema zu tun haben.
Da das so genannte Integrationsbudget des Senats nicht ausreicht (Seite 10), stellen sich viele Beteiligte die Frage, wie sich unter den derzeitigen politisch gewährten Rahmenbedingungen die Sprachförderung in Bremen konkret organisieren und verbessern lässt? Meinungen dazu hat die BLZ auf einem Fachtag am LIS erfragt (ab Seite 11). Viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationserfahrung leben und lernen mit den Gefühlen Verunsicherung und Zugehörigkeitsgefühl, sagt ihr Lehrer Dr. Zurab Aloian vom Schulzentrum Neustadt. Er beschreibt was der Ort Schule in diesem Zusammenhang leisten kann und sollte (Seite 14). Weitere Berichte aus der Praxis geben einen Überblick über die derzeitige Situation wichtiger Bereiche der Sprachförderung an Bremer Schulen.

Die Islamdebatte wird in der Regel nicht moderat geführt. Sie verläuft zwischen den Extremen von Dämonisierung und der Verteidigung von Weltanschauungen. Erläuterungen dazu gibt der Text »Let's talk about Islam, Baby!« (Seite 18)
Den Abschluss bildet das einschlägige Gedicht »Antworten« und die Pflicht diese auch zu geben (Seite 20).

In der Hoffnung auf den einen oder anderen Erkenntnisgewinn wünscht die BLZ-Redaktion viel Spaß beim Lesen.

Karsten Krüger

Das Zauberwort ›Integration‹

Widersprüche eines Begriffs

Werner Pfau

■ Begriffe sind in gewisser Weise immer dehnbar, denn sie erhalten ihre jeweilige Bedeutung erst im Nachdenken und in der Diskussion. Manche Begriffe jedoch enthalten bereits die Andeutung eines Inhalts: so auch das Zauberwort »Integration«. Es setzt ein im Prinzip gutes »Innen« und ein zumindest fragwürdiges »Außen« voraus. Daraus folgt das Postulat, das Äußere müsse dem Inneren gemäß gemacht werden. Eine reichlich simple Weltsicht. Im Folgenden wird das I-Wort daher nicht mehr auftauchen, stattdessen sollen einige Anmerkungen gemacht werden zu Einwanderung, Bildung, Arbeit, Einkommen und den ökonomischen Voraussetzungen dafür, über die wenig geredet wird.

Einwanderung und Bildung

Die nach Deutschland Eingewanderten verteilen sich bekanntlich auf die unterschiedlichsten Bildungsniveaus, von der ausgebildeten Akademikerin bis hin zum Analphabeten aus ländlichem Umfeld. Die übergroße Mehrheit von ihnen benötigt Deutschunterricht, hier enden auch schon die Gemeinsamkeiten. In einer Zeit, wo schnell Vorklassen aufgebaut werden mussten, konnte keine große Differenzierung nach Neigungen, Vorkenntnissen, Zukunftsplänen o.ä. vorgenommen werden. Ein Konzept für die Beschulung von Eingewanderten müsste Flexibilität in der Sprachvermittlung schaffen. Das betrifft auch die Verweildauer in den Vorklassen. Oft wird auf das Prinzip einer schnellen Eingliederung in den Regelunterricht abgehoben, sicher nicht zu unrecht. Dennoch bleibt zu bedenken, dass ein bis zwei Jahre bei Leuten, die erst noch alphabetisiert werden müssen, wohl kaum reichen dürften, um sprachlichen den Anschluss an den regulären Unterricht zu finden. Hier sollte eine großzügige Regelung zur Verweildauer möglich sein. Eingliedernde Unterrichtsformen sind ja parallel durchführbar.

Gefährlich sind Erklärungen von politischer Seite, die jungen Menschen schnell in Regelklassen zu stecken, um die absehbaren Sprachprobleme kompensatorisch mit dem Versprechen auf zusätzliche »Sprachförderung« zu erledigen. Der schnelle Übergang in das Regelsystem spart Geld, da keine neuen Vorklassen eröffnet werden müssen. Bei den nötigen Aufwendungen aufgrund gewachsener Klassen kann man sich dann wieder auf Sparzwänge berufen, in Bremen gern mit dem Hinweis auf den Haushaltsnotstand. Für die Neueinstellung von Lehrkräften »fehlen« wie gewohnt die Mittel. Die Ressourcen zur Sprachförderung reichen, sofern sie überhaupt bei den Schulen ankommen, oftmals nicht aus, jedenfalls wenn es nach bekanntem Muster abläuft. Aber Erfolgsmeldungen lassen sich gleichwohl generieren: So und so viele Migranten wurden in die Regelschule überwiesen und sind schon auf halbem Wege zum Schulabschluss – sind sie das wirklich?

Schon bevor die alberne Frage, ob »wir das schaffen«, die Schlagzeilen beherrschte, war das deutsche Schulsystem dafür bekannt, dass die soziale Herkunft den Schulerfolg stark präjudiziert. Unterschiede in Wissen und Fähigkeiten werden im Rahmen von Unterricht und Leistungsbewertung nicht hinreichend ausgeglichen. Die sprachliche Vorbildung durch das Elternhaus oder Peergroups wirkt sich spürbar aus. Welche Startposition hat wohl ein Eingewanderter, nach zwei Jahren Deutschkurs, in diesem Wettlauf um Noten und Abschlüsse? Je besser seine Ausbildung in der Heimat, desto besser vielleicht seine Chancen, aber das betrifft nicht unbedingt die Mehrheit, schon gleich nicht Menschen, die aufgrund traumatisierender Erfahrungen oder einem Leben im Kriegszustand keine Bildungsbiografie aufbauen konnten. Sicher kommen gerade Flüchtlingskinder nach Jahren im Niemandsland des Ausländerrechts mit Lust und Interesse in ihre neuen Schulen; zu hoffen ist, dass sie nicht im Hamsterrad von Notendruck, ungewissen Berufsperspektiven und fortdauerndem Elend in ihren Herkunftsländern zermürbt werden.

Dabei sollten die Eingewanderten die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten voll ausschöpfen können, da gerade die Vermittlung von Allgemeinbildung zum Prozess der politischen und kulturellen Auseinandersetzung mit dem Aufnahmeland beitragen kann. Das braucht Zeit, über Generationen, wie Migrationsforscher meinen. Geht es nach der bayerischen Landesregierung, so lässt sich das ganz schnell bewerkstelligen: Im Crashkurs wird gelernt, an welche Regeln man sich zu halten hat. Am Ende wird mit Unterschrift beglaubigt, das Grundgesetz bedingungslosest einhalten zu wollen, sonst raus! Solche Unterwerfungsrituale setzen wohl kaum Erkenntnisprozesse in Gang. Für letztere bräuchte es Zeit und offene Diskussionsmöglichkeiten im Unterricht. Doch ohnehin zeichnet sich ab, dass der Schwerpunkt bei einem großen Teil der Flüchtlinge auf beruflicher Bildung liegen wird, nach dem Motto: möglichst schnell in den Arbeitsmarkt.

Einwanderung und Arbeit

Arbeitgeber-Präsident Kramer hat ein Anliegen. »Die Wirtschaft wolle bei der Integration von Flüchtlingen gerne helfen«, sagte er im November 2015 auf dem Arbeitgebertag. Er will helfen, doch man lässt ihn nicht. So kuschelig wurde die Forderung nach einer Senkung des Mindestlohnes noch nie begründet! Solche und andere Äußerungen zeigen, in welche Richtung es nach den Vorstellungen der Wirtschaft geht: Für gehobene Berufe pickt man sich die Rosinen in Form gut ausgebildeter Fachkräfte heraus. Den Rest der schlechter oder gar nicht Qualifizierten benutzt man zur Lohndrückerei. Noch hat der DGB sich klar dagegen ausgesprochen.

Dahinter stecken allerdings grundsätzlichere Fragen: Arbeitsmigration nach kapitalistischen Gesetzen ist

mit der humanitären Aufnahme von Menschen, zum Beispiel aufgrund politischer Verfolgung oder Bürgerkriegen, nicht leicht vereinbar. Die Anwerbung von Gastarbeitern in den Sechziger Jahren ist ein klassisches Beispiel. Es sollte gar nicht erst zu einem Engpass an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen kommen, weil dies die aus Arbeitgebersicht häßliche Fratze überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen bedeutet hätte. Einfühlsame Wirtschaftspolitik sorgte für Abhilfe durch den Import von Arbeitskräften.

Doch sofern die aufgenommenen Menschen nicht einfach der Prekarisierung zum Fraß vorgeworfen werden sollen, wären weitergehende staatliche Aktivitäten zur Arbeitsförderung zu diskutieren, als bloße Dumpingangebote. Schweden wird von der OECD als eine Art von Vorzeigeland im Umgang mit Migration dargestellt. Doch auch dort, hat die Organisation nachgerechnet, haben geflüchtete Migranten es schwer, die hohen fachlichen Qualifikationen zu erreichen, die es braucht, um in Lohn und Brot zu kommen. Laut dem Handelsblatt liegt die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe bei 30 bis 40%. Was unterschlagen wird: Ob es überhaupt das ökonomische Wachstum gibt, das Arbeitsgelegenheiten für die Zugezogenen eröffnet. Ansonsten wäre die Perspektive ja nur, dass gut ausgebildete Migranten Einheimische am Arbeitsmarkt verdrängen und sich die Arbeitslosigkeit ganz diskriminierungsfrei auf beide Gruppen verteilt, zur Freude von Rechtspopulisten, die diesen Zustand wahlkämpferisch ausnützen können.

Uli Hoeness

Alice Schwarzer

Peter Hartz

An Integrationsvorbildern herrscht in Deutschland kein Mangel, mit Vorstrafe oder ohne.

Die Geflüchteten von heute wurden nicht aufgrund gestiegener Verwertungsbedürfnisse hierher geordert, sie sind einfach gekommen. Wirtschaftsliberale Stimmen fordern, von ihrem Interesse aus konsequent, die Auswahl der ökonomisch Verwertbaren nach dem Modell, das üblicherweise Ländern wie Kanada zugeschrieben wird. Nur wer nützlich ist, darf kommen bzw. bleiben. Gerade Politiker, die von Eingewanderten lauthals die Einhaltung des Grundgesetzes fordern, sind selbst sehr schnell dabei, Asylrecht und Genfer Konvention auf den Mülleimer der Geschichte zu werfen.
Angela Merkel hat angekündigt, mit den Vertretern der deutschen Industrie »reden« zu wollen, sie stellen in ihren Augen zu wenig Flüchtlinge ein: 54 waren es bis Juni 2016 in den DAX-Unternehmen, bei ungefähr 140.000 arbeitslosen Flüchtlingen. Wo es die Arbeitsstellen nicht gibt, müssen dann doch Dumpingangebote her: Ähnlich wie Langzeitarbeitslose sollen Geflüchtete für 80 Cent die Stunde arbeiten.

Dominanz der Austeritätspolitik in Europa

Im Gefolge der Bankenkrise geriet bekanntlich der Euro unter Druck. Er war in großem Maße gedruckt worden, um für systemrelevant erklärte Banken vor den Folgen ihrer eigenen Spekulationsgeschäfte zu bewahren. Dadurch geriet die europäische Währung selbst ins Visier der Spekulation auf den Geldmärkten, die sich auf die schwächsten Glieder der Eurozone einschoss: Griechenland, Portugal und ähnliche Fälle. Das u.a. von Deutschland und Frankreich favorisierte Modell der Krisenbewältigung reagiert mit einem Austeritätsregime, welches um der Stabilität des in Euro denominierten Kredits willen rigide Kürzungsarien fordert. Wachstum wird eher abgewürgt als gefördert. Die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit in Europa mag als ein Indikator dafür gelten. Deutschland kann sich, aufgrund seiner Exportorientierung – die dafür Haushalte anderswo durcheinanderbringt – noch als relativer Krisengewinnler sehen, zumal durch die Agenda 2010 schon einiges an Kürzung vorweg genommen wurde. Ob ein solches »wirtschaftliches Umfeld« sonderlich günstig für die Aufnahme von Einwanderern ist, mag bezweifelt werden. Eine andere Frage ist, ob sich Menschen, gerade wenn sie gewerkschaftlich orientiert sind, damit abspeisen lassen wollen, solche Politik sei alternativlos.

Im Klassenzimmer willkommen geheißen zu werden, ist gut, ein Fahrrad geschenkt zu bekommen, noch besser. Ob der Beschenkte mit dem Rad zu einer guten Ausbildung, und später zu einem vernünftig bezahlten Job fahren kann, wird letztlich nicht im Klassenzimmer entschieden. Einwanderung kann nicht allein mithilfe von privatem Engagement oder pädagogischem Idealismus bewältigt werden, sie unterliegt ökonomischen und politischen Voraussetzungen. Wer über letztere nicht reden will, sollte von »Willkommenskultur« schweigen.

Zu spät und zu wenig

Das Integrationsbudget für die Schulen reicht nicht aus

Jürgen Burger

■ Auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsstroms im Sommer 2015 prognostizierte die GEW, dass für das Jahr 2015 mit etwa 1600 neuen Kindern und Jugendlichen an den allgemeinbildenden Schulen und ca. 2000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an den berufsbildenden Schulen zu rechnen sei und forderte über 150 neue Vorkurse (BLZ 9-10/2015, Seite 5). Der Senat beschloss damals jedoch nur 80 neue Vorkurse. Spätestens im Frühjahr wurde deutlich, dass die Senatsplanung nicht ausreichte. Im Februar teilte das Sozialressort mit, dass noch fast 600 Kinder aus den Notunterkünften und über 600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ohne Schulplatz seien. Neue Vorkurse mussten eingerichtet werden.
Inzwischen liegen in der Pressemitteilung der Senatorin für Kinder und Bildung zum Schuljahresanfang vom 14. August offizielle Zahlen vor. In den allgemeinbildenden Schulen besuchen 1479 Kinder und Jugendliche 108 Vorkurse. Die Forderung der GEW hat sich als zutreffend erwiesen. Im berufsbildenden Bereich liegt die Zahl von 1011 SchülerInnen in 70 Vorkursen deutlich unter der Prognose. Entweder sind viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge abgewandert, oder sie warten immer noch auf einen Schulplatz. Hier ist Aufklärung erforderlich.

Im März 2016 waren 1200 Kinder und Jugendliche aus den Flüchtligsunterkünften noch ohne Schulplatz. Foto: Unterkunft Bundeswehrhochhaus

Was läuft nach dem Vorkurs?
Das selbe Muster, das wir bei der Einrichtung der Vorkurse beobachten konnten, wiederholt sich beim Übergang in den Regelunterricht. Die über 1400 SchülerInnen in den allgemeinbildenden Schulen werden (in der Primarstufe ganz und in der Sekundarstufe überwiegend) noch im jetzt angefangenen Schuljahr in die Regelklassen kommen. Und was sieht das »Integrationsbudget« des Senats dafür vor? Ganze 37,8 Stellen sind für 2016 ausgewiesen. Das entspricht einer Schüler/Lehrer-Relation von 37:1! Die aktuelle Relation in den allgemeinbildenden Schulen Bremens beträgt 13,2 SchülerInnen pro Lehrkraft. Eine Verschlechterung ist also fest eingeplant, obwohl die Integration in die Regelklassen angesichts des nach einem halben bzw. einem Jahr erreichten unvollkommenen Sprachstandes nicht nur eine mindesten gehaltene, sondern eine verbesserte Schüler/Lehrer-Relation erfordert. Für Sprachförderung, die den Regelunterricht ergänzt, sind überhaupt keine neuen Kapazitäten eingeplant. Diese Planung ist unakzeptabel, so kann die Integration in den Regelunterricht nicht funktionieren.

Da das zur Verfügung stehende Budget trotz allen Protestes anlässlich der Haushaltsberatungen im Doppelhaushalt 2016/17 festgeschrieben wurde, ist aktuell zu fordern, dass für 2017 vorgesehene Mittel ab sofort vorgezogen werden. Sachliche Begründung: Das gerade begonnene Schuljahr reicht in das Haushaltsjahr 2017 hinein.

Websites und links vom Fachtag »Sprachanfänger/innen«

RefuChat
Handy-App für (gesprochene) Übersetzungen, über Playstore zu erhalten

www.bildung.bremen.de
Geflüchtete, Zahlen Fakten, FAQ

www.lis.bremen.de
Kom.In Interkulturalität/ Flüchtlinge in der Schule

Itslearning: Kurs »Interkulturalität in der Grundschule« Links, Tipps, Material für die Arbeit an Grundschulen

Itslearning: Kurs »DaZ-Netzwerk Bremen« (Sek I)
Links, Tipps, Material für Deutsch als Zweitsprache/Sprachförderung

Itslearning: Kurs »Handreichung Vorkurse« (Sekl I)
Links und Material für Vorkurse, Einsatz im Regelunterricht möglich

www.nrw.verband-binationaler.de/ www.mehrsprachigvorlesen. verband-binationaler.de/
Verband binationaler Familien und Partnerschaften: Elternbroschüre zum thema Mehrsprachigkeit

www.refugeeguide.de
Broschüre Orientierung in Deutschland in mehreren Sprachen, auch einfache Sprache Deutsch

www.mercator-institut-sprachfoerderung.de
Broschüre Best Practice und Handlungshilfen bundesweit

www.lesestart-fuer-fluechtlingskinder.de
Programm des Bildungsministeriums und Stiftung Lesen

https://refugee.speagwith.me/
Online-Sprachlernplattform für Flüchtlinge und Deutsche

fluechtlingshilfe-muenchen.de/ ?p=SSO
Heft zum Deutschlernen

Roswitha Oltrogge, Lehrerin an der Gesamtschule Mitte:
Ich würde mir wünschen, dass die Schülerinnen und Schüler so lange im Vorkurs bleiben können, wie sie Unterstützung und Sprachförderung brauchen. Ich würde mir wünschen, dass die Lehrkräfte die Stunden für die Kooperation mit den Klassenleitungen bezahlt bekommen. Ich bin froh, dass wir überhaupt Kindern mit Migrationshintergrund helfen können.

Mariam Leithe-Alkhazan, Vorkurslehrerin an der Oberschule Findorff:
Die Sprachförderung darf nicht nach dem Vorkurs enden. Auch danach ist sie notwendig, damit die jungen Menschen eine realistische Chance auf nachhaltige Integration haben. Drei bis vier Jahre muss die Förderung schon kontinuierlich laufen. Alle Lehrkräfte, auch die im Regelschulsystem, müssen vernünftige Arbeitsbedingungen haben, damit sie ausreichend differenzieren und auf die Sprachschwierigkeiten der Flüchtlinge Rücksicht nehmen können.

Sabrina Lehmann, Sonderpädagogin an der Gesamtschule West:
Man benötigt auf jeden Fall mehr und kontinuierlichere Doppelbesetzungen, um den Kindern die nötige Förderung während des Fachunterrichts zukommen zu lassen. Auch mehr Kooperationszeit zwischen den Sonderpädagogen, Sprachberatern und den Fachkollegen ist nötig, um gemeinsame Unterrichtsplanung zu ermöglichen und Differenzierungen zu besprechen. Mit einer vollen Stelle, 27 Unterrichtsstunden, da bleibt keine Zeit für Kooperationen. Das machen wir in freiwilliger Mehrarbeit. Ideal wäre 21 Stunden Unterricht und sechs Stunden Kooperation.

Wie lässt sich die Sprachförderung in Bremen verbessern?

■ Seit dem vergangenen Jahr kommen verstärkt junge Menschen ohne (ausreichende) Deutschkenntnisse in Bremer Schulen. Wo gibt es Probleme bei der Sprachförderung, was lässt sich noch optimieren? Stimmen die Rahmenbedingungen? Die BLZ hat Expertinnen und Experten gefragt, die kurz vor den Sommerferien an einer Fachtagung zu diesem Thema teilgenommen haben. Karsten Krüger

Stefan Diedrich, Verlag Westermann:
Vor allem die Lehrkräfte gut fortbilden. Die Verantwortlichen sollten an die Schulen geschickt werden, damit sie sich ein genaues Bild machen können. Auch die Bürger sollten mit ins Boot, Sprachförderung ist eine gemeinsame Aufgabe.

Jana Gröninger, Lehrerin am SZ Rübekamp:
Was brauchen wir in Bremen? Wir brauchen Geld für zusätzliche Sprachförderstunden, wir brauchen Deutsch wieder als reguläres Unterrichtsfach in der Berufsschule. Dieser Fachtag im LIS, diese Fortbildung heute ist gut, kommt aber ein Jahr zu spät.

Ole Jorek, Lehrer am Hermann-Böse-Gymnasium:
Mehr Personal. Mehr Fachpersonal, um gute Strukturen schaffen zu können. Theoretische Doppelbesetzungen helfen nicht, praktische, nachhaltige Lösungen müssen gefunden werden. Bei der Sprachförderung ist alles knapp auf Kante genäht. Die Politik ist gefordert.

Erwerbsaufgabe Alltags- und Bildungssprache

Sprachförderlicher (Fach)Unterricht unter besonderer Berücksichtigung von neu zugewanderten SchülerInnen[1]

Christian Gill
Universität Bremen

Ausgangslage

■ In Bremer Schulen stellen Kinder und Jugendliche mit anderen Erstsprachen (L1) als Deutsch keineswegs eine Besonderheit dar, auch wenn die Anteile in Abhängigkeit der Lage divergieren: Zum Großteil besteht diese Kohorte aus Bildungsinländern mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ), also SchülerInnen, die ihre Schullaufbahn in Deutschland beginnen, aber vor dem Eintritt ins Bildungssystem mit mindestens einer weiteren Sprache außer dem Deutschen in Kontakt kommen (vgl. Marx 2014). Den Migrationsentwicklungen entsprechend ist in zunehmendem Maße überdies die schulische und sprachliche Integration sog. SeiteneinsteigerInnen zu verzeichnen – einer Schülerklientel, die sich durch eine enorme Heterogenität etwa mit Blick auf den soziokulturellen und familiären Hintergrund, kulturelle Deutungsmuster, Kenntnisse über Lernkultur sowie kognitive Fähigkeiten auszeichnet. Die Einreise erfolgt hier im schulpflichtigen Alter, wobei zumeist nur geringe Deutschkenntnisse vorhanden sind oder diese vollends fehlen (vgl. Gill 2015). Aktuell verschiebt sich die Zusammensetzung der mit dem Label SeiteneinsteigerInnen versehenden Schülergruppe zusehends in Richtung des Flüchtlingsstatus. Brüchige Schulbiographien und eine fehlende Literalisierung in der L1 sind infolge dessen tendenziell häufiger zu verzeichnen, was sich unmittelbar auf den Zweitspracherwerb auswirkt (vgl. Thomas/Collier 1997). Trotz dieser sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen erhalten alle neu zugewanderten SchülerInnen in Bremen im Rahmen eines teilintegrativen Modells (vgl. Massumi et al. 2015) eine intensive Sprachförderung in Vorkursen. Konzeptionell orientieren sich solche Sprachfördermaßnahmen eher am gesteuerten Fremdsprachenerwerb bzw. der Vermittlung des Deutschen als Fremdsprache (DaF), deren Dauer, spezifische Lernziele sowie eingesetzte Lehr-Lernmaterialen unterscheiden sich in Primarstufe bzw. Sekundarstufe I und II jedoch erheblich (für einen Einblick in die entsprechende Sprachförderung in der Grundschule siehe Rick/Gill 2015). Bspw. nehmen bis zu 15 SchülerInnen zwischen 10 und 16 Jahren gemeinsam an einem maximal einjährigen Vorkurs an einer Oberschule oder einem Gymnasium teil, der sie gemäß dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GeR) rezeptiv (lesen & hören) mindestens auf das Niveau B1 und produktiv (sprechen & schreiben) auf A2 bringen soll – und dies unabhängig davon, ob die SchülerInnen zunächst zu alphabetisieren sind. Da Kinder und Jugendliche kontinuierlich zuwandern, erfolgt auch die Zuweisung in derartige Vorbereitungsklassen kontinuierlich, wodurch sich vollständige Übergänge in die Regelklasse unterjährig vollziehen. Derzeit liegen für den deutschsprachigen Raum noch keine Studien vor, die eruieren, inwieweit eine gleichberechtigte Teilnahme am Fachunterricht der aufnehmenden Regelklasse gegeben ist, wenn die Zielniveaus erreicht werden. Bei genauerer Betrachtung der sog. KANN-Beschreibungen des online verfügbaren GeR zeigt sich allerdings, dass die sprachlichen und damit eng verflochtenen inhaltlichen Anforderungen nur dann zu bewältigen sind, wenn eine umfassende lernerorientierte Anschlussförderung nach dem Absolvieren des Vorkurses erfolgt. Auf dem Niveau A2 wird etwa attestiert, »sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen [zu können], in denen es um einen einfachen und direkten Austausch von Informationen über vertraute und geläufige Dinge geht« (Quetz 2003: 45). Rezeptiv ist der/die SchülerIn auf B1 in der Lage, »die Hauptpunkte [eines Textes zu] verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus […] Schule, Freizeit usw. geht« (ebd.). Besonders für VorkursteilnehmerInnen mit begrenzter bzw. unterbrochener schulischer Bildung, die in die Sekundarstufe I integriert werden, zum Teil aber in ihrer Erstsprache nicht lesen und schreiben können, stellt das Erreichen der vorgegebenen Niveaustufen innerhalb der Verweildauer in der vorbereitenden Sprachfördermaßnahme eine sehr große Herausforderung dar.

Anforderungen an SeiteneinsteigerInnen

Um erfolgreich am Regelunterricht teilnehmen zu können, müssen SeiteneinsteigerInnen zunächst (den Zielniveaus der Vorkurse entsprechend) vornehmlich alltagssprachliche Fähigkeiten (Cummins 2000: Conversational Language Proficiency) in und außerhalb der Schule erwerben und ausbauen. Spätestens ab dem sukzessiven Übergang in den Regelunterricht rückt zudem immer stärker die konzeptionell schriftliche Sprache des Klassenzimmers (Cummins 2000: Academic Language Proficiency; Habermas 1977: Bildungssprache) und mit fortlaufender Dauer der Beschulung die Aneignung von Fachwissen in dieser Sprache in den Fokus. Zur Abgrenzung zwischen Alltags- und Bildungssprache, die nicht als trennscharf anzusehen ist, sind Unterscheidungskriterien auf inhaltlicher, textueller, kontextueller und v.a. sprachkomponenten-bezogener Ebene (vgl. Berendes et al. 2013) heranzuziehen, die an dieser Stelle mit Verweis auf das Handout zum angesprochenen Vortrag nicht dargestellt werden. Eine Gegenüberstellung im Rahmen Letzterer, die auf lexikalische und syntaktische Merkmale abhebt, ist insbesondere für Lehrende von großer Bedeutung, weil hierdurch die im Unterricht verwendete Sprache analysiert werden kann. Als Unterrichtspraktiker sollte man sich vergegenwärtigen, dass der Erwerb der Zweitsprache (L2) bis zu einem Niveau, das eine chancengleiche Teilhabe am Regelunterricht gleichaltriger SchülerInnen ermöglicht, einen mehrjährigen Prozess darstellt: Cummins (1981) ermittelte für das Englische als L1 eine Dauer

Die Fachtagung »Sprachanfänger/innen in meiner Klasse – was tun« im LIS war gut besucht.

von zwei Jahren, um in den Kontext eingebettete, alltagssprachliche Fähigkeiten zu erwerben. Für die Aneignung kontext-reduzierter akademischer bzw. bildungssprachlicher Fähigkeiten werden hingegen zwischen fünf bis sieben Jahren benötigt, wobei Thomas/Collier (1997) für neu zugewanderte SchülerInnen unterstreichen, dass die Beschulung in der L1 im Herkunftsland die zentrale Einflussgröße für die Dauer des Erwerbs darstellt.

Konsequenzen für die Sprachförderung von SeiteneinsteigerInnen

Um Sprachförderung für die hier fokussierte Schülerklientel effektiv und nachhaltig zu gestalten, gilt es verschiedene Komponenten zu berücksichtigen, die zum Teil bereits umgesetzt werden, im Idealfall aber vollständig Anwendung finden (siehe Abb.).

Weitere Anstöße bieten die im Rahmen von FörMig entwickelten »Qualitätsmerkmale für durchgängige Sprachbildung« (vgl. Brandt/Gogolin 2016).

Mit Blick auf die Lehrpraxis im Regelunterricht und den Erwerb bildungssprachlicher Kompetenzen sind schriftsprachliche Strukturen in unterschiedlichen Situationen, Sozialformen und Fächern wiederholt zu fokussieren, wobei die SchülerInnen zu einer Reflexion über die im Unterricht verwendete Sprache angeregt werden sollen. Ein konkreter Ansatzpunkt stellt z.B. die intensive Auseinandersetzung mit Operatoren dar, die auch einen fächerübergreifenden Vergleich umfasst (siehe Handout zum Vortrag).

Literatur in Auswahl

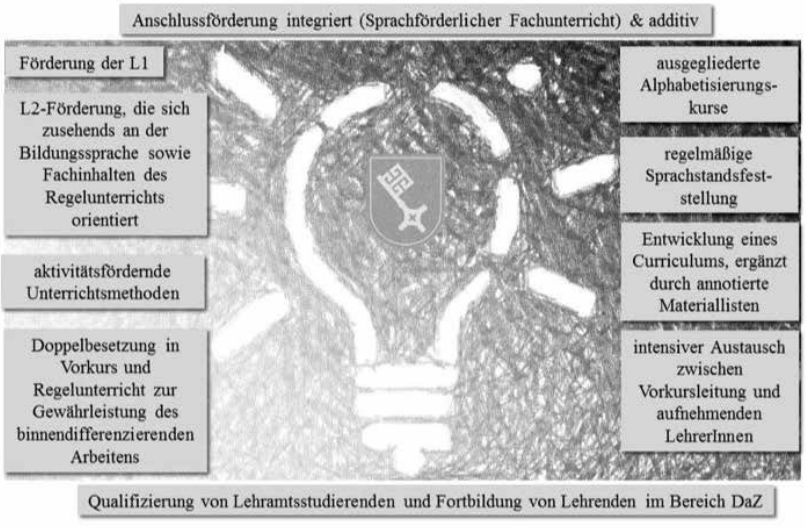
Cummins, Jim (2000): Language, Power and Pedagogy. Bilingual Children in the Crossfire. Clevedon/Buffalo/Toronto/Sydney: Multilingual Matters.

Gill, Christian (2015): Sprachliche und schulische Integration von Seiteneinsteigern am Beispiel Bremens. Immersive Sprachförderung und vollständiger Übergang in den Regelunterricht mit dem Fokus Sekundarstufe I. In: Deutsch als Zweitsprache, 2/2015, 6-20.

Marx, Nicole (2014): Sprachliche Heterogenität im Deutschunterricht. In: **Goer, Charis/Köller, Katharina** (Hrsg.): Fachdidaktik Deutsch. Reihe utb Basics, 77-94.

Rick, Bettina/Gill, Christian (2015): Seiteneinsteiger(innen) in Bremen. Einblicke in die Sprachförderpraxis. In: Die Grundschulzeitschrift. 30. Jahrgang/Heft 294, 21-23.

1 Der vorliegende Beitrag basiert auf Teilen des Impulsvortrags der Fachtagung »Sprachanfänger/innen« in meiner Klasse – was nun?«, der am 25. Mai 2016 am LIS Bremen gehalten wurde. Das Handout zur entsprechenden Präsentation, das verschiedene unterrichtspraktische Beispiele und weitere Literaturhinweise enthält, kann über das LIS bezogen werden.



Die Unerwünschten und Angepassten

Die Schülerinnen und Schüler leben und lernen zwischen den Gefühlen Verunsicherung und Zugehörigkeit

Dr. Zurab Aloian
SZ Neustadt

■ Vor sechs Jahren sprach mich eine Werkschulschülerin an, dass sie mich vertraulich etwas fragen möchte. »Stimmt das«, fragte die aus dem Libanon stammende Schülerin, »dass ein Politiker in Bayern keine Araber mehr ins Land einreisen lassen und die hier lebenden Araber töten lassen will?« Ob dieser Frage bin ich umso mehr zusammengezuckt, da die Schülerin mit ihrer Familie zu den sogenannten »Langzeit-Geduldeten« gehörte, das heißt, zu den Ausländern, die ohne Aufenthaltsstatus sind, aber wegen des Krieges in ihrem Heimatland nicht abgeschoben werden dürfen. Dazu kam, dass die Schülerin selbst in Deutschland geboren wurde und körperlich behindert war. »Die Politiker sagen zwar einiges, aber zum Töten wird in Deutschland nicht aufgefordert« war meine Antwort. Die Schülerin hat mir anvertraut, dass ihr Bekanntenkreis ständig darüber redet und beunruhigt ist.

Es beschäftigte mich eine Weile, bis ich den Zusammenhang verstand. Im Herbst 2010 erklärte der CSU-Chef Horst Seehofer Multikulti für tot, sogar »toter als tot«, und ergänzte, dass der Zuzug der Menschen aus dem arabischen Raum gestoppt werden müsse. Man stelle sich vor, unter welchem Eindruck die der deutschen Sprache nicht ganz mächtigen Familien aus dem Mittleren Osten standen, als sie dies hörten. Den rhetorische Ausdruck Seehofers verbanden sie mit eigener leidvollen Erfahrung: Wenn Politiker über Tod und Mord reden, fordern sie diese Taten auch.

Die zweite Geschichte spielte in einer Realschulklasse. Im Englischunterricht übten wir die Begriffe für Wirtschaft, Jobs und Ausbildungen, als ein Sinti-Roma-Schüler mich fragte, ob Deutschland wirtschaftlich weltweit vorne stehe. Mein Kommentar, dass die BRD, vielleicht nach der USA und Japan, zu den stärksten Weltwirtschaften gehört, hat die Klasse begeistert. Die Schülerinnen und Schüler, die mir oft über ihre Diskriminierungserfahrungen erzählten, waren allesamt ersichtlich stolz auf das Land ihres Aufenthaltes.

Verunsicherung und Zugehörigkeitsgefühl

Zwischen diesen beiden Gefühlen, Verunsicherung und Zugehörigkeitsgefühl, leben wahrscheinlich viele Kinder aus den Migrantenfamilien. Es ist viel erforscht und geschrieben worden, dass die ersten Generationen der Gastarbeiter bescheiden und schweigsam auf die Position der Mehrheitsgesellschaft reagierten. Sie waren immer noch froh, der Armut in ihren Ländern entkommen zu sein und pflegten den Gedanken, wie übrigens auch die meisten Deutschen, dass sie bald zurückkehren würden. Die nächsten zwei Generationen waren mit der Haltung ihrer Eltern überhaupt nicht einverstanden und reagierten auf jede wahre oder vermutliche Diskriminierung herausfordernd laut. Die Selbstausgrenzung in den Parallelgruppen, inklusive der Zuspitzung ihrer religiösen und ethnischen Herkunft, gehören zu diesem Prozess des Aufbegehrens.

Die große Frage ist, wie die heutigen Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte dem demographischen Wandel in West-Europa und gewissermaßen damit verbundenen dauerhaften Rechtsruck in der Politik begegnen werden.

Keine auf Aufständen und unlösbaren Konflikten basierenden Horrorszenarien sind hier angebracht. Auch in den ungünstigsten Konstellationen verfügt das Leben in einem friedlichen und wohlhabenden Land wie Deutschland über einen gewissen Ausgleich, ja über eine Harmonie. Aus diesem Grund werden sich sowohl die »Urdeutschen« als auch die »Neudeutschen« mit der Realität arrangieren und ein Nebeneinander finden. Nur: mit dieser Entwicklung fühlt sich ein Teil der einheimischen Bevölkerung von vornherein unwohl, aber er kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Diese Bevölkerungsschichten werden wahrscheinlich mit den rechtskonservativen und rechts-liberalen Tendenzen dauerhaft wachsen, was den Migranten und ihren Nachfahren nicht entgehen dürfte.

Zu den sich zuspitzenden gesellschaftlichen Trennlinien zwischen Jung und Alt, Ost und West, Arm und Reich können wir den zunehmenden Gegensatz zwischen Deutsch und Eingewandert addieren. Zudem wird es irrelevant, ob die Letzteren neu gekommene Flüchtlinge oder die Enkelkinder der seit Jahrzehnten eingebürgerten Zuwanderer sind. Die

zersplitterte Gesellschaft kann von den Märkten zwar besser beherrscht werden. Die Märkte brauchen stets nicht die mündigen Bürgerinnen und Bürger, sondern die manipulierbaren Konsumenten. Gleichzeitig werden solche Gefälle historisch gesehen ein Verrat an Prinzipien der bürgerlichen Bewegungen und Revolutionen, die sich auf Freiheit und Gleichheit der Menschen beriefen. Noch gravierender sind der ständige Verfall des Klimas der gegenseitigen Achtung und Verständigung und die schwindende politische Kultur, was letzten Endes zu minderer Lebensqualität im Mitteleuropa führt.

Ehrenvolle Reparaturarbeit

Um diesem vorzubeugen, wären die institutionellen Anpassungen der Staatsorgane an die vielschichtige moderne Realität notwendig. Diese scheinen allerdings im heutigen politischen Diskurs unmöglich. Wenn aber ein Teil der Jugend sich als unerwünschte Generation betrachtet und die politischen Einstellungen sich nach rechtsverschieben, kann die Schule ein solches gesellschaftliches Auseinanderdriften lediglich erträglicher und humaner machen. Ändern, ohne die obengenannten institutionellen Reformen und ohne den Abbau der ununterbrochen steigenden verbalen und faktischen Polarisierung, kann die Schule es aber nicht. Ihr bleibt eine Reparaturarbeit übrig. Meines Erachtens sind am erfolgreichsten die Pädagoginnen und Pädagogen, die die Arbeit und Begabungen ihrer Schülerinnen und Schüler wahrnehmen, die Herkunft dabei freimütig übersehend. Sie agieren wie die meisten Lehrkräfte, die im Großen und Ganzen das Geschlecht der Schüler übersehen und ihre Leistungen nach gerechterem Verfahren bewerten. Außerdem sollte die Schule kein Ort des religiösen Anliegens, sprich von Gebetsräumen und kämpferisch-demonstrativer Bekleidung, werden. Und zwar nicht in Bezug auf eine bestimmte religiöse Gruppe, sondern grundsätzlich als ein neutraler, humanistisch geprägter Ort der Begegnung. Die großen gemeinsamen Projekte, die alle Ethnien und Schichten umfassen und sie zu lokaler Wirtschaft, Kultur und Geschichte sensibilisieren, werden die restliche Reparaturarbeit leisten. Dies wird die Zusammengehörigkeit der Schülerschaft, jenseits ihrer Abstammung, stärken können. Eine bescheidene Aufgabe, dennoch eine ehrenvolle.

Sprache als Schlüssel zur Welt

Gespräch mit dem Sprachberater einer Bremer Grundschule

Wilfried Meyer

■ Warum brauchen wir Sprachberater?

Die Sprache ist doch immer im Blick. Mangelnde Sprachfähigkeit finden wir nicht nur bei Kindern mit Migrationsgeschichte, sondern ebenso bei vielen deutschen Familien. Da ist das gut, wenn die Sprache eine Betonung erfährt. Die Idee war ja, einen Multiplikatoreffekt zu erzielen, wenn man Sprachberater ausbildet. Die Ausbildung, die mehrere Hundert Stunden umfasst, fand ich gut bis sehr gut. Da gab es gute Leute am LIS, die das sehr konkret vermittelt haben. Ich habe mich auf Anfrage der Schulleitung, wer es machen will, dafür gemeldet. Man musste nicht besonders qualifiziert sein.

Was machst du mit deinen Kenntnissen? Wie ist die Organisation von Sprachförderung?

Die zwei Stunden, die ich als Entlastung pro Woche bekomme, gehen natürlich in Fortbildung, Treffen, Organisation, Cito-Test, andere Tests, Vorbereitung… Da bleibt leider kaum Zeit für die Weitergabe und den Transfer in das Kollegium, höchstens mal auf Konferenzen oder in Teamsitzungen. Organisiert ist es sicher in vielen Schulen unterschiedlich. Geplant war eigentlich die Vergabe von acht Sprachförderstunden an Schulen, die das innerhalb eines Förderbandes umsetzen sollten. Und darunter waren auch nur die ersten 30 Schulen im sogenannten Sozialranking Bremens. Das lässt sich so aber in der Praxis kaum hinkriegen, deswegen gibt es da viele Modelle. Auf jeden Fall ist es gut, wenn da Stunden reingehen, im Moment in die ersten Klassen, also bei Vierzügigkeit acht Stunden. So sind zumindest einige Doppelungen möglich. Um das wiederum konkret zu koordinieren, müsste der Jahrgang auch Extrastunden bekommen, die fehlen. Ich glaube, dass die Idee des Förderbandes vielleicht gut gemeint war, weil ein Förderband die Verwendung von Förderstunden für Vertretung besser verhindern kann, weil da mehr dranhängt. Aber es geht eben oft nicht als Förderband aus organisatorischen Gründen, besonders bei vier oder fünf Zügen.

Was gab es denn früher?

Nun, Stunden gab es sicher mehr. Es gab den Topf des Sozialstrukturbedarfs und es wurden zum Beispiel ausländische Schüler mit Faktor, ich glaube 1,5 gezählt. Da hatte man mehr Spielraum. Wir haben früher diverse Methoden ausprobiert, z.B. die Uni-Erzählwerkstatt von Johannes Merkel, viele brachten auch die Ausbildung zum DaZ-Lehrer mit, die es in der Form auch nicht mehr gibt. Da haben wir viel Zeit auf aktive Sprachbildung verwandt. Heute fehlt es oft an Zeit und Doppelbesetzung, dann könnte diese Förderung auch passgenauer, individueller laufen. Das Ganze ist mir heute zu starr angelegt, es müsste flexibler sein können, um vom Kind aus den Bedarf zu denken. das geht aber nicht. Mittlerweile gibt es ja viele Vorkurse, ca. an 40 Schulen. Das ist erst einmal positiv. Aber die Kürze der Verweildauer entspricht nicht den Entwicklungen der Kinder. Das eine braucht drei Monate und spricht schon super, ein anderer aber ein Jahr. Wegen des Mangels an Plätzen werden aber viele viel zu früh nach

Auch bei Gesang und Musik gilt: Sprache als Schlüssel zur Welt.

drei Monaten aus dem Vorkurs gekickt und kommen dann in die Klassen, in denen sie dann nicht so gut folgen können. Und mehr als sechs bis acht Kinder in diesen Kursen macht auch keinen Sinn.

Wie siehst du die Zukunft von Sprache an Schule?
Sprache bleibt wichtig, obwohl der Umfang des Schreibens sicher abnimmt und Inhalte sich verschieben. Aber ich muss doch wissen, wann ich was wie einsetze, um zu kommunizieren, da muss ich doch Entscheidungen treffen, die auf meinem Wissen und der Spracherfahrung fußen. Klar kannst du Mitteilungen ins Handy reinsprechen oder Zeichen schicken, aber welche, wann und wo vom geeigneten Ort, vielleicht nicht in der Linie10 und Fahrgäste müssen alles mithören. Auch Grammatik, finde ich muss sein. Der Einsatz von Computerprogrammen, wenn er denn betreut und individuell genutzt werden kann, hilft manchmal auch. Aber das muss gelernt sein auf beiden Seiten.

Was wünschst du dir für Lehrer/ Schüler/Schule auf dem Gebiet?
Wenn ich Jakup aus dem Sprachvorkurs, der etwas sprechen kann, täglich eine Stunde für individuelle Förderung hätte; wenn Charly aus dem Libanon oder Sonja aus Polen, die aber in Griechenland aufwuchs, und gar nicht spricht, wenn ich mit denen gezielt arbeiten könnte, vorsprechen -nachsprechen, das wäre sinnvoll, geht aber nicht wegen fehlender Doppelbesetzung. Und wenn dann morgen drei Neue dazukommen, können wir nicht flexibel auf sie reagieren, das würde ich mir aber wünschen. Ich würde Cito und andere Testerei stoppen und mich auf das Urteil der Kita-Gruppenleitung und der Lehrkräfte verlassen, die wissen sehr gut wo und bei wem es auch in der Sprache mangelt. Cito testet sowieso nur das passive Sprachverständnis, da kann man anklicken, sprechen muss man nicht aktiv. So soll es wohl besser vergleichbar sein. Es sollten mehr Stunden gegeben werden, mehr Doppelbesetzung. Und die Stunden müssen flexibel und von den Kindern aus gedacht eingesetzt werden. Der Bedarf darf nicht nach Stunden, die die Behörde gibt, gerechnet werden, sondern von den Bedarfen der Kinder aus.

Gibt es ein Fazit?
Mir hat die Arbeit immer Spaß gemacht, aber man reibt sich natürlich an den Rahmenbedingungen, die nicht besser geworden sind. In meiner Erfahrung gibt es viele positive Erlebnisse und Phasen, die den Kindern sicher sehr geholfen haben. Und mir hat vieles auch Spaß gemacht. Im Lauf der Jahre geht aber die Anfangspower natürlich etwas zurück und manchmal hat es den schlechten Beigeschmack, wenn man das Gefühl hat, dass man den Dreck nur noch auffegt, den einige hinterlassen, weil sie nicht mitdenken, planen, vorausschauen können oder wollen. Das sind dann Phasen, in denen man die Arbeit nur irgendwie am Laufen hält.

Lieber Jo, die BLZ dankt dir für das Gespräch
(Jo Deutschman, Name und Schule sind der Redaktion bekannt)

Unentgeltliche Deutschkurse für arabische Frauen

Gabriele Brejla und Hanne Heinze suchen weitere Mitarbeiterinnen

■ Wir, eine kleine Gruppe von Muttersprachlern, arbeiten seit März 2015 ehrenamtlich mit Frauen aus den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak sowie aus dem Iran und nordafrikanischen Ländern. Die Nachfrage ist groß, denn die Frauen warten zum Teil sehr lange auf die Finanzierung eines offiziellen Deutschkurses. Der Kontakt zu den Frauen wird über Rania Enan, die in Bremen den Arabischen Frauenbund gegründet hat, hergestellt. Der gemeinnützige Frauenbund ist zuständig für die Organisation und hilft uns bei der Kommunikation, denn wir sprechen kein Arabisch.
Manche Frauen haben noch nie eine Schule besucht; sie beginnen damit, unsere Schrift zu lernen. Für sie konnten wir dank einer Spende der GEW Schulbücher kaufen. Es gibt eine Anfängerinnengruppe und eine Gruppe, die schon fortgeschritten ist. Die Gruppen sind klein, was den Vorteil hat, dass die Teilnehmerinnen sich sicher fühlen und sich zutrauen, jetzt Deutsch zu lernen. Frauen, die schon in den offiziellen Kursen sind, begleiten wir unterstützend. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die monatelange, manchmal sogar jahrelange Wartezeit bis zur Zuteilung eines offiziellen Kurses zu überbrücken. Einige Frauen bringen ihre Kinder mit, deswegen hat der Frauenbund eine Kinderbetreuung zusätzlich organisiert.

Wir Muttersprachler begegnen in unseren Kursen einer uns fremden Kultur, die von uns Toleranz, Gelassenheit und Sensibilität gegenüber Menschen verlangt, die das schwere Schicksal der Flucht hinter sich haben und sich noch unsicher und zögernd im neuen Umfeld bewegen. Wir würden gerne jedes unserer Angebote doppelt besetzen und würden uns freuen, wenn noch mehr Kolleginnen Lust hätten, bei uns mitzumachen. Es wäre schön, wenn wir dadurch auch unser Angebot für Sprachanfängerinnen auf Kurse, die alle Sinne ansprechen, erweitern könnten: Singen, Spielen, Basteln. Im Rahmen eines Gesprächskreises für die Fortgeschrittenen würden wir gerne Projekte entwickeln.

Wir freuen uns auf Euren Anruf oder Eure Email: Gabriele Brejla, Tel. 0421-642771, brejla@email.de oder Hanne Heinze, Tel. 0421-72986, hanne.heinze@gmx.de

Let's talk about Islam, Baby!

Die Islamdebatte verläuft zwischen den Extremen von Dämonisierung und Apologetik. Dabei gibt es einen dritten Weg, den von Säkularismus und Religionskritik.

Werner Pfau

■ Deutsche Diskussionskultur

Im Sommer der Attentate 2016 inszeniert die »Welt« einen intellektuellen Debattenhöhepunkt, indem sie Henryk M. Broder und die als Islamwissenschaftlerin vorgestellte Eva Marie Kogel in einen Raum zusammensetzt und über die Frage diskutieren lässt: »Was hat das alles mit dem Islam zu tun?«. In diesem Raum findet dann tatsächlich etwas statt, was sich formal als Gespräch bezeichnen ließe. Dem Inhalt nach ist es typisch für die Art, wie Debatten zu diesem Thema in Deutschland und vielleicht auch anderswo ablaufen. Natürlich gibt Broder den islamkritischen Part. Er bezieht sich auf die Ausgangsfrage, mit der auf das oft gehörte Bekenntnis angespielt wird, all die Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun. Hier noch halbwegs geistreich merkt er an, dass Alkoholismus ja wohl auch etwas mit Alkohol zu tun habe und auch islamistische Attentäter sich auf Glaubensinhalte berufen können. Dann zeigt seine Islamkritik jedoch, wes' Geistes Kind sie ist: Offensiv sucht er den Vergleich zu Christen- und Judentum, um religiös begründete Militanz als exklusive islamische Besonderheit darzustellen. Dafür muss er nicht nur sein historisches Gedächtnis ausschalten – Stichwort Kreuzzüge, christlicher Antisemitismus u.ä. – er darf auch bei seiner täglichen Zeitungslektüre nicht zu weit von den bevorzugten Spalten verrutschen, könnte er doch auf religiös-nationalistische Siedler in den von Israel besetzten Gebieten stoßen, die das Land Gottes von palästinensischer Fremdherrschaft »erlösen« möchten. Noch ein paar Zentimeter weiter, und er findet amerikanische Christen, die zum Ruhme ihres Allerhöchsten Abtreibungskliniken in die Luft sprengen. Gewiss, zahlenmäßig wird all dies momentan deutlich von weltweit agierenden islamistischen Gruppen übertroffen, aber die Beispiele zeigen zumindest, wozu auch Gläubige anderer Couleur fähig sind, wenn sie sich im Besitz einer offenbarten absoluten Wahrheit inklusive gottgewollter Moralgebote wähnen.

Das Elend der Apologetik

Das Elend der Apologetik wiederum verkörpert Kogel, die zunächst jeglichen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Islam und Dschihadismus bestreitet, es sogar »blöd« findet, überhaupt die Frage danach zu stellen. Sie gesteht dann gleichwohl zu, dass es einen gebe, belässt es jedoch bei dem abstrakten Hinweis, mit Konfession ließen sich Menschen gegeneinander aufhetzen. Die Attentäter legten ihrer Ansicht nach jedoch ein eher »geringes Islamverständnis« an den Tag. Die Frage stellt sich, wo denn das von ihr heraufbeschworene wahre »Islamverständnis« vorherrscht. In der Herkunftsregion des Islam, in Saudi-Arabien, dem Iran, Ägypten nach Kogels Maßstäben ja wohl nicht. Die Zeit, in der die Türkei als diesbezügliches Musterland galt, ist vorbei. Ist wenigstens Europa ein Hort des aufgeklärten Islam? Viele, darunter auch die sogenannten Kulturmuslime, pflegen zweifellos einen friedlichen und modernen Lebensstil. Andererseits, angesichts der mit Umfragen belegbaren Tatsache, dass frauenverachtende, antisemitische oder theokratische Vorstellungen bis in den Mainstream europäischer Muslime hineingehen, scheint Kogels »Islamverständnis« eher ein akademisches Phänomen liberaler Islamwissenschaftler und von Publikumslieblingen wie Navid Kermani zu sein. Als Beispiel für modernen islamischen Lebensstil wird von Kogel Indonesien herbeizitiert. Auch Kogel sollte bei ihrer Zeitungslektüre aufpassen: Sonst stößt sie noch auf den Bericht, wonach in der indonesischen Provinz Aceh die Scharia wieder eingeführt wurde und eine Frau Peitschenhiebe dafür bekam, dass sie während des Ramadan ihre Imbissbude geöffnet hatte.

›My stealthy freedom‹…

Mut zur Kritik

Es bedarf offenbar Menschen islamischer Herkunft, um die Auseinandersetzung zu führen und zu beweisen, dass Religionskritik gleichzeitig differenziert und radikal sein kann und keineswegs zwingend mit einer pauschalisierenden Übertragung auf alle Gläubigen einhergeht. Ein paar Fälle aus den letzten Wochen mögen dies aufzeigen. So kritisiert Mina Ahadi, Vorsitzende des Zentralrats der Exmuslime, dass Menschen, die sich als Atheisten vom Islam abwenden, kaum wahrgenommen werden und in Flüchtlingsheimen oftmals religiösen Anpassungsdruck erfahren. Noch immer gilt im überwiegenden Teil der muslimischen Welt das Verbot der Apostasie. Ein Austritt aus dem Islam ist nicht vorgesehen. Zwar ist er nur in zehn islamischen Staaten mit der Todesstrafe bedroht, was übrigens durchaus in der islamischen Rechtstradition verwurzelt ist, auch wenn die Todesstrafe in der historischen Praxis nicht immer Anwendung fand. Zumindest müssen »Abtrünnige« mit sozialer Ächtung rechnen, dazu mit Zwangsscheidung, da nach einer verbreiteten schariarechtlichen Auffassung ein Apostat nicht mit einer Muslima verheiratet und kein Vorstand einer muslimischen Familie sein darf. Ahadi, die als Linke aus dem Iran

flüchten musste, sagt: »Wenn man den Islam kritisiert, hat man ein Problem mit linken Intellektuellen.« Gleichzeitig stellt sie sich Versuchen der Vereinnahmung entgegen, etwa durch die AfD, deren Einladung sie ostentativ abgelehnt hat. Die lesenswerte Begründung findet sich auf der Website des Zentralrats.

Bassam Tibi meldete sich in der Zeitschrift Cicero zu Wort. Er stammt aus Syrien, hat bei Adorno studiert und sich Jahrzehnte als Hochschullehrer für einen, wie er sagt, »Euro-Islam« eingesetzt. Das Ablegen des Kopftuchs war für ihn ein Symbol dieses modernisierten Islams. Nun schreibt Tibi: »Ich kapituliere«. Der »Kopftuch-Islam« habe gewonnen, mit seiner Tendenz zur konservativen Re-Islamisierung. Büsra Delikaya beklagt im Tagesspiegel das Ausmaß des Antisemitismus unter den deutschen Muslimen. Sie arbeitet als Muslima in der Salaam-Shalom-Initiative mit, in der es um jüdisch-muslimischen Dialog geht. Die Reaktion vieler ihrer Glaubensbrüder und -schwestern auf dieses Engagement beschreibt sie als feindselig: »Ich war mir der Dimension des Antisemitismus gerade in Teilen meiner eigenen Community nie bewusst, bis ich persönlich Zeugin davon wurde.« Sie besitzt den Mut, ihre Erfahrung öffentlich zu machen. Safeta Obhadjas ist Schriftstellerin und Opfer rassistischer Gewalt. Als Angehörige der bosnischen Muslime wurde sie aus Jugoslawien vertrieben. Sie mischt sich in die Diskussion über den verweigerten Handschlag eines Imams ein, auf den eine Lehrerin in Berlin damit reagierte, dass sie ein anberaumtes Gespräch abbrach. Obhadjas lobt dieses Verhalten und begründet: »Lehrerinnen haben viel zu lange diese patriarchalischen Strukturen des Islam mitgetragen.« Sie bezieht das auf die Teilnahme muslimischer Mädchen an Klassenfahrten und ähnliches. Auch sie beklagt sich über mangelnde Unterstützung »linksliberaler deutscher Frauen«: »Jede Kritik an den unemanzipierten Verhältnissen wurde mir als Hetze gegen den Islam ausgelegt.«

Zwischen den Stühlen

All diese Menschen kennen den Islam aus eigener Anschauung. Manche haben ihm den Rücken gekehrt, wie Mina Ahadi. Andere sehen sich als fromme Gläubige, wie Büsra Delikaya. Wieder andere positionieren sich irgendwo dazwischen, wie der Achtundsechziger Tibi oder Obhadjas, die sich eine Verbundenheit zu bestimmten Aspekten der islamischen Kultur erhalten hat.

Iranische Frauen machen Fotos ohne Kopftuch

Aber keiner hat Scheu, Kritik zu äußern, obwohl das oft ein mutiger Schritt ist. Aus der rechten Ecke versucht man sie zu vereinnahmen, das ist vorhersehbar. Von muslimischen Verbandsfunktionären werden sie als Nestbeschmutzer angefeindet, was ebenfalls nicht überrascht. Und von den linksliberalen Hohepriestern des Antirassismus werden sie bestenfalls ignoriert, schlimmstenfalls als Stichwortgeber der Rechten diffamiert.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist nötig

Religion bildet nun einmal vielerlei Anknüpfungspunkte für ideologische Kreuzzüge. Der Islam macht da keine Ausnahme, liefert er doch bei entsprechender Deutung der Quellen ein Feindbild – die Ungläubigen –, einen Endkampf um die Welt, ein Paradies, wo Belohnung winkt, wozu auch die Ehre gehört, als Märtyrer in die Geschichte einzugehen und ähnliches. Wenn dann radikale Jugendliche, mit Kalaschnikows und Koranzitaten bewaffnet, zur Tat schreiten, wird nach sozialpädagogischer Betreuung gerufen. Was aber ist mit der inhaltlichen Auseinandersetzung?

Der Staat setzt auf die Islamverbände. Dabei ist ihm relativ gleichgültig, ob diese Verbände ein konservatives Gesellschaftsbild repräsentieren. Allenfalls werden als Korrektiv Ansätze liberaler islamischer Theologie gefördert, wie etwa bei der Einrichtung des Lehrstuhls für Mouhanad Khorchide in Münster. Die Ausbildung islamischer Religionspädagogik mit freiheitlich-demokratischen-Siegel soll in einen Religionsunterricht münden, der quasi eine vom deutschen Staat beglaubigte Variante islamischen Selbstverständnisses propagiert. Dies soll dann in Abstimmung mit Verbänden geschehen, denen wiederum jemand wie etwa Khorchide zu liberal ist, weshalb bereits Rufe nach seiner

Absetzung laut wurden. Und auch die liberalen Muslime arbeiten als Theologen unter Glaubensvorbehalt, also kann von ihnen gar nicht verlangt werden, ihre Quellenkritik so weit zu treiben, dass zentrale Dogmen in Frage gestellt werden. Im islamischen Kontext betrifft dies vor allem die Vorstellung, der Koran sei die wortwörtliche Gottesrede, ohne jegliche menschliche Beifügung. Damit wird es schwer, fragwürdige Stellen wie die zur zur Verdammung Ungläubiger, der Rolle der Frau, des Prinzips der Wiedervergeltung u.ä. theologisch aus dem Verkehr zu ziehen. Ufuk Özbe hat hierzu einen lesenswerten Aufsatz verfasst, der die Widersprüche darstellt, in die sich auch solche wohlmeinende Exegese verstrickt, wenn sie an das Dogma selbst nicht herangehen will. Özbe wurde übrigens streng religiös erzogen, hat sich später der Philosophie zugewendet, und tritt jetzt in einem Aufruf mit anderen wie Ahadi für Säkularismus ein.

Säkularismus kann nicht an religiöse Verbände abgeschoben werden

Die Aufgabe, Säkularismus und Aufklärung zu vertreten und das heißt: argumentativ zu fundieren, kann nicht an religiös gebundene Verbände delegiert werden, auch nicht an politisch gewünschte Vorzeigetheologen, es wäre eine Aufgabe gesellschaftlicher Institutionen wie beispielsweise der Schule oder auch einer Bildungsgewerkschaft. Doch um in dieser Hinsicht glaubwürdig zu sein, müsste sich die Gesellschaft eingestehen, dass ein konsequenter Säkularismus in Deutschland nicht existiert. Erst wenn die Privilegierung der christlichen Kirchen fällt, kann die Gesellschaft überzeugend eine säkulare Haltung der Muslime einfordern. Dazu gehört auch das Ende des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts. Religionsgeschichte muss in der Schule von einem historisch-kritischen Standpunkt dargestellt werden, also nicht in irgendwelchen Bekenntnisfächern, vielmehr in Fächern wie Geschichte. Was jedoch noch schwerer wiegt: Solange die Rolle imperialer Intervention des Westens im Nahen Osten nicht thematisiert wird, die Unterstützung islamistischer Bewegungen im Kalten Krieg, das ökonomische Elend, in dem der religiöse Fanatismus gedeiht, die andauernde Zusammenarbeit mit Staaten wie Saudi-Arabien oder dem Iran – solange bleibt das Rätselraten über »Radikalisierung« irgendwie lächerlich.

Antworten

Urs M. Fiechtner, geboren 1955 in Bonn, gründete 1976 die interkulturelle Autorengruppe79 und gab mit 21 Jahren sein erstes Buch heraus: eine Lyrikanthologie über Freiheit und Zivilcourage, die zu seiner eigenen Überraschung sofort ein Erfolg wurde. Seitdem sind zahlreiche Lyrik- und Prosabände erschienen.

Die Flüchtlinge sind wie Antworten die keiner verlangt hat.
Sie tragen Geschichten über die Grenzen
vielleicht erzählen sie von den Folgen unseres Tuns
vielleicht von unserer Schweigsamkeit.
Unter dem Strich aber handeln ihre Geschichten immer von uns.
Es gibt tausend Gründe, die Flüchtlinge aufzunehmen.
Vielleicht gehören wir morgen zu ihnen.
Vielleicht gehören wir zu den Verfolgern.
Vielleicht versäumten wir es, uns rechtzeitig gegen die Jäger zu wenden.
Vielleicht teilen wir nicht gern.
Vielleicht sind wir Rassisten.
Vielleicht kennen wir die Gesetze der Gastfreundschaft nicht und nicht die der Freiheit.
Vielleicht sind wir einfach nur dumm.
Die Flüchtlinge sind wie Antworten, die keiner verlangt hat.
Niemand aber ändert die Fragen, indem er die Antworten aussperrt.

Urs M. Fichtner

Mark Twain über die deutsche Sprache

»Aufgrund meiner philologischen Studien bin ich überzeugt, dass ein begabter Mensch Englisch (außer Schreibung und Aussprache) in dreißig Stunden, Französich in dreißig Tagen und Deutsch in dreißig Jahren lernen kann. Es liegt daher auf der Hand, dass die letztgenannte Sprache zurechtgestutzt werden sollte. Falls sie so bleibt, wie sie ist, sollte sie sanft und ehrerbietig zu den toten Sprachen gestellt werden, denn nur die Toten haben genug Zeit, sie zu lernen.«

Was wird unternommen?

Veranstaltung des Arbeitskreises Grundschule mit der Senatorin und den Depurtierten

■ Bericht vom Fachgespräch Grundschule mit ca. 40 Teilnehmer/innen von 15 Grundschulen und Deputierten von SPD, FDP, CDU, Linken, B90-Grünen, Personalrat Schulen, Frauenbeauftragten und Grundschulverband sowie die Senatorin und Frau Schmidt.
Ein Jahr nach der GS-PV am Richtweg mit über 1000 Lehrkräften aus dem Primarbereich wollten wir nachfragen: Was wird unternommen,

- um die strukturelle Unterfinanzierung zu beheben?
- um die Überlastung der Pädagogen zu vermeiden?
- um also zu entlasten, z.B. von Dokumentationspflichten?
- um Schule als Billiglohnsektor zu verhindern?
- um ZuPs zu besetzen?
- um auf den Notruf der Schulleitungen im Westen zu reagieren?
- um auf die konkreten Forderungen des ZEB zur Vollausstattung der Ganztagsschulen einzugehen?
- um alle Kolleginnen und Kollegen an den Evaluationen zu Inklusion und Kompolei zu beteiligen?

Frau Bogedans Antworten kurz gefasst:
Sie sieht kein Problem bei KV, seit 01.02.2016 wären für 6% KV genug Leute und Geld da, die Schulleitungen müssten nur entsprechend abrufen (?!). Inklusion soll nach Sozialindikatoren ungleich gesteuert werden. Es sollen mehr E+W-Klassen eingerichtet werden. Es soll um mehr Lehrkräfte und Referendare geworben werden. Bachelorabsolventen sollen in den Schulen nicht eingesetzt werden (!!). Dabei ist ihr die Mitbestimmung des Personalrats besonders wichtig(!!). Die Leitungszeiten der GS-Schulleitungen sollen gestärkt werden. Einstellungen besser steuern (?!). Für West-Schulleitungen soll es einen Runden Tisch geben.
Soweit, so wenig, so unkonkret! Und wenn wir uns umgucken in den Schulen und nehmen mal die Zusage, dass Bachelor keinen Unterricht machen sollen, dann entpuppt sich dies als Lüge. Und die Referendare und Seiteneinsteiger, wie werden die denn angeworben und mit welch attraktivem Angebot? A12 und damit 200 Euro weniger als in NRW? Und nicht mal die 200 versprochenen Lehrkräfte sind bisher gelandet, man vermisst sogar aktuell noch 39, und damit ist man noch lange nicht beim Bundesdurchschnitt, für den man 239 Stellen hätte schaffen müssen. Insofern war es freundlich von der Senatorin sich den Fragen zu stellen, aber wir möchten endlich Taten sehen.

Wilfried Meyer

Zukunftswerkstatt Oberschule

Austausch und Ideenentwicklung zu Perspektiven unserer Arbeit

Wochenendseminar
21./22.10.16 (Fr. 15.00 bis Sa. 14.00)
Bildungs- und Freizeitstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie in Bad Zwischenahn

■ Auf unserem Seminar wollen wir den aktuellen Problemen der Oberschulentwicklung unsere Utopien und Vorstellungen zu einer besseren Oberschule gegenüberstellen und daraus einen Handlungsleitfaden entwickeln, mit dem an der eigenen Schule erste Schritte zu einer veränderten Oberschule angeregt werden können. Daraus leiten wir konkrete politische Forderungen zu angemessenen Rahmenbedingungen der Oberschularbeit ab.

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de

70 Jahre GEW

190 Jahre Bremer Lehrervereine

Teil 4

Reformpädagogik und Sozialismus

Der Bremische Lehrerverein vor dem Ersten Weltkrieg

Jürgen Burger

■ Im August 1884 hatten sich 29 (zumeist jüngere) Kollegen aus der »Konferenz bremischer Volksschullehrer« verabschiedet und den »Bremischen Lehrerverein« (BLV) gegründet. Bereits drei Jahre später gehörten dem neuen Verein 223 Lehrkräfte an. Die von den Schulvorstehern dominierte »Konferenz« tagte zwar weiter, der BLV war aber fortan der repräsentative Zusammenschluss der bremischen Lehrerschaft. Im Jahre 1905 waren hier 678 Lehrkräfte aus Volks- und Realschulen organisiert. (Die Gesamtzahl der Volksschullehrer betrug im selben Jahr 686.) Nachdem 1881 die ersten sechs weiblichen Lehrkräfte an Volksschulen eingestellt worden waren, hatte sich 1889 bald auch ein kleiner »Bremischer Lehrerinnenverein« konstituiert.

Bremen wird zur Industriestadt

Das Wachstum des BLV spiegelte die Entwicklung der Stadt wieder: Nach dem Zollanschluss an das Deutsche Reich begann eine rasche Industrialisierung und die Bevölkerungszahl, die von 1850 bis 1890 von 57000 auf 125000 angestiegen war, verdoppelte sich bis 1905 noch einmal auf 245000. Wieder wurden neue Schulen und neue Lehrkräfte gebraucht. Bis 1914 wurde jedes Jahr mindestens eine neue Volksschule gebaut und für die Mittelschicht entstanden neue Realschulen. Das Lehrerseminar expandierte, aber angesichts des Wachstums der Stadt bestand Lehrermangel.

Mit der Zunahme der Industriearbeiterschaft gewann die Sozialdemokratie an Einfluss. Nach 1905 gehörte die Bremer SPD reichsweit zum äußersten linken Flügel, gestützt insbesondere auf die Belegschaft der Großwerft AG »Weser«. Außerdem kam es in Bremen nach 1900 immer häufiger zu Streikbewegungen. Auch diese Präsenz der Arbeiterbewegung hatte Einfluss auf die LehrerInnenschaft.

Die Entwicklung des BLV bis 1905

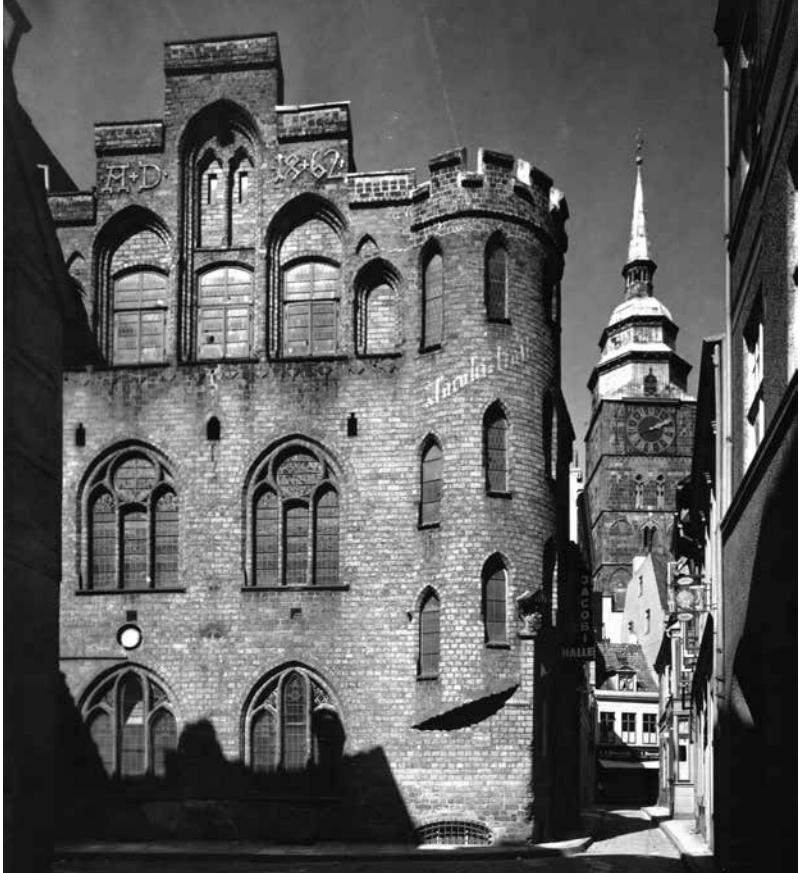
Der BLV tagte meist monatlich in der »Jacobihalle« in der Langenstraße und hatte bald mehrere Arbeitskreise. In den großen Vereinsversammlungen wurden Referate gehalten und diskutiert. Dabei kamen auch – was neu war – auswärtige Referenten zu Wort. In den 90er Jahren wurden eine »Naturwissenschaftliche Sektion« und ein »Litterarischer Verein« gegründet. In beiden sammelten sich viele junge Absolventen des Seminars. Die naturwissenschaftliche Sektion orientierte sich an Darwin und Haeckel und verbreitete Auffassungen des Monismus. Der literarische Verein diskutierte die moderne realistische Literatur, u.a. von Ibsen, Zola, Hauptmann und Tolstoi. 1890 wurde ein »Jugendschriften-Ausschuss« gegründet, ab 1893 gab es eine »Pädagogische Sektion«. Eine weitere Abteilung war seit 1897 der »Bremer Lehrergesangverein«.

Die Themen der im Plenum gehaltenen Referate und der Arbeitskreise zeigen überwiegend, dass in den 80er und 90er Jahren weiterhin – wie in der »Konferenz« – pädagogische Fragen im Mittelpunkt der Arbeit standen. Hinzu kam die Beschäftigung mit weltanschaulichen Grundsatzproblemen in einigen Arbeitskreisen. Um die Jahrhundertwende mehrten sich Beiträge, die sich kritisch mir der kaiserzeitlichen Pädagogik auseinandersetzten. In dieser Kritik taten sich zwei junge Lehrer aus der Freischule an der Birkenstraße besonders hervor: F. Gansberg und H. Scharrelmann. 1902 erschienen ihre ersten beiden Bücher, »Plauderstunden« (Gansberg) und »Herzhafter Unterricht« (Scharrelmann). Die Titel deuten an, worum es ihnen ging. An die Stelle von Belehrung und Drill sollten Phantasie und Selbsttätigkeit der Kinder treten. Der Unterricht sollte »produktiv« und »künstlerisch« sein. Innerhalb weniger Jahre wurden diese beiden BLV-Mitglieder reichsweit bekannte Autoren und Wegbereiter der reformpädagogischen Strömung.

Eine zweite Gruppe von Junglehrern näherte sich der Sozialdemokratie an. Ihr profiliertester Vertreter im BLV war W. Holzmeier. 1904 tagte in Bremen der Parteitag der SPD und auf der parallel stattfindenden sozialdemokratischen Frauenkonferenz hatte Clara Zetkin die einheitliche, weltliche und unentgeltliche Schule gefordert. Diese Forderung fand, vertreten durch Lehrer wie W. Holzmeier, H. Schulz, E. Sonnemann, H. Eildermann und J. Knief, auch Eingang in die Diskussionen des BLV. Im Juni 1905 gründeten beide Kreise gemeinsam die Zeitung »Roland. Organ für freiheitliche Pädagogik« mit einer Auflage von 1200 Exemplaren. Hier entwickelten sie ihre Grundsätze und kommentierten in den folgenden Jahren die Konflikte um Schulaufsicht, Religionsunterricht, pädagogische Freiheit und politische Betätigung der Lehrkräfte, die im selben Jahr begannen.

Der BLV im »Bremer Schulstreit« (1905-1910)

Anstoß für die Protestbewegung war die autoritäre und religiös orthodoxe Amtsführung des 1892 vom Senat berufenen Schulinspektors Köppe. Von Beginn an hatte es Beschwerden aus den Schulen über seine Hospitationen gegeben, in denen er oft zurechtweisend in den Unterricht eingriff. Am 01. Mai 1905 fand im Gewerbehaus eine »allgemeine bremische Lehrer- und Lehrerinnenversammlung« mit ca. 425 TeilnehmerInnen statt, zu der die vier Verbände (BLV, Lehrerinnenverein, Konferenzen der Stadt- und Landschullehrer) gemeinsam aufgerufen hatten. Sie beauftragte einen Ausschuss, eine Beschwerde gegen Köppe und einen Antrag auf Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen zu formulieren. Eine zweite Versammlung am 22. Mai verabschiedete die Beschwerde gegen den Schulinspektor fast einstimmig. Nachdem über den zweiten Auftrag im Ausschuss Meinungsverschiedenheiten aufgetreten waren und nichts beschlossen werden konnte, formulierte W. Holzmeier die Denkschrift »Religionsunterricht oder nicht?«, die am 04. September auf einer dritten Versammlung mit 273:43 Stimmen verabschiedet wurde.



Der BLV tagte von 1884 bis 1913 meist in den »Jacobihallen«, einem zum Lokal umgebauten ehemaligen Kloster in der Langestraße. Das überwiegend erhaltene Gebäude wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wegen eines Bombentreffers abgerissen. Das Foto zeigt dahinter die 1944 gesprengte und später abgerissene Ansgarikirche.
Foto: Staatsarchiv Bremen

Diese Resolution einer repräsentativen Lehrerversammlung mit der Forderung nach der weltlichen Schule provozierte im ganzen Deutschen Reich scharfe Kommentare pro und contra. Die von den Schulvorstehern dominierte »Konferenz« distanzierte sich nachträglich von der Denkschrift. Die Landschullehrerkonferenz blieb neutral. Der Lehrerinnenverein billigte sie fast einstimmig, ebenso der Bremerhavener Lehrerverein. Auf der Hauptversammlung des BLV am 04. April 1906 wurden die Sprecher der Protestbewegung – fast identisch mit der Redaktion des »Roland« – allesamt in den Vereinsvorstand gewählt. Vorsitzender wurde H. Lüdeking, ein sozialistisch orientierter Lehrer. Unterstützung bekamen die Bremer im Religionsstreit von der »Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens«, dem größten Hamburger Lehrerverein. Beide Vereine einigten sich auf einen Antrag an die »Deutsche Lehrerversammlung«, die Pfingsten 1906 in München stattfand. W. Holzmeier begründete ihn unter Protesten und Beifall. Nach sechsstündiger Debatte und bei einer Rednerliste von 47 noch nicht gehaltenen Beiträgen blieben die Antragsteller isoliert. Man warf ihnen vor, mit ihrem Radikalismus den klerikalen Kräften in die Hände zu arbeiten.

Disziplinarverfahren und Entlassungen

Auch in Bremen blieb die Reaktion auf die Forderungen des BLV nicht lange aus. Nachdem die Beschwerde gegen Schulinspektor Köppe vom Senat abgewiesen worden war, fanden 1906 zwei weitere Lehrerversammlungen statt, deren Protest gegen diesen Bescheid veröffentlicht wurde. Jetzt wurden vom Senat Disziplinarverfahren gegen W. Holzmeier, F. Gansberg, H. Lüdeking und H. Gartelmann eingeleitet. Dieser »Köppe-Prozess« vom März 1907 endete mit einem Verweis und einer Geldstrafe. Wenig später ließ sich der Schulinspektor in den Ruhestand versetzen. Das nächste Disziplinarverfahren richtete sich Anfang 1908 gegen H. Scharrelmann, der im BLV und öffentlich die Abschaffung des Vorsteher-Amtes und die Wahl des Schulleiters durch die Lehrerkonferenz gefordert hatte. (Nach der Übernahme dieser Forderung durch die Vereinsversammlung trat die Mehrheit der Vorsteher aus dem BLV aus.) Scharrelmann wurde mit einer Geldbuße bestraft. Da ihm ein weiteres Verfahren drohte, quittierte er den Dienst und arbeitete fortan als freier Schriftsteller.

Das folgenschwerste Verfahren wurde im Februar 1909 gegen W. Holzmeier eröffnet. Inzwischen hatte der Lehrerverein seit Februar 1908 einen neuen Vorstand. Als Vorsitzender war C. Karrenberg gewählt worden, ein Vertreter der »Gemäßigten«, die eine zu große Nähe des BLV zur Sozialdemokratie befürchteten. Nachdem Holzmeier eine Anfrage an den neuen Vorstand gerichtet hatte, wie er zu den Beschlüssen von 1906/07 stünde und dabei scharfe Worte gegen die Behörde und die »Konferenz« gewählt hatte, nahm die Behörde diesen im »Bremer Tagblatt« veröffentlichen Text zum Anlass, ein Verfahren einzuleiten. Dieses änderte wiederum die Verhältnisse im BLV. Nach der Verabschiedung einer Solidaritätserklärung für Holzmeier trat der Vorsitzende Karrenberg zurück und die »Radikalen« mit H. Lüdeking als Vorsitzendem bildeten wieder die Vorstandsmehrheit. Trotz der Proteste des BLV wurde Holzmeier im Februar 1910 entlassen. Am Abend der Disziplinarverhandlung entschlossen sich ca. 30 sozialdemokratische BLV-Mitglieder zu einer Provokation. Sie sandten »aus Anlass der Dienstentlassung« ein Geburtstagstelegramm an den SPD-Vorsitzenden August Bebel. Die hierdurch hervorgerufene Polarisierung war enorm. C. Karrenberg berief eine Lehrerversammlung mit ca. 450 Teilnehmern ein, die sich vom Telegramm distanzierte. Die »Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung«, Organ des Deutschen Lehrervereins, unterstützte gar das behördliches Vorgehen. Die Bremer SPD dagegen organisierte eine Versammlung mit 3500 TeilnehmerInnen, auf der W. Holzmeier sprach, und eine Protestdemonstration durch die Stadt mit ca. 10000 TeilnehmerInnen. Die Unterzeichner des Telegramms, die

denunziert worden waren, bekamen Disziplinarstrafen. Entlassen wurden E. Sonnemann, H. Rumpf und C. Döring. Suspendiert mit halbem Gehalt wurde H. Ostersehlte.

Nach diesen dramatischen Ereignissen trat in der Bremer Schulpolitik eine trügerische Ruhe ein, die – bedingt durch den Ersten Weltkrieg – bis zum November 1918 andauerte. Erst danach wurden die Positionen und Forderungen wieder aufgegriffen, die 1905/06 von einer kleinen Gruppe erarbeitet worden waren und im BLV eine Mehrheit gefunden hatten. Sie sind zum Teil auch heute noch von einer erstaunlichen Aktualität.

Aus Resolutionen und Beschlüssen:
Beschwerdeschrift gegen den Schulinspektor, 22.05.1905

… Die bremischen Schulen erfreuten sich eines guten Rufes; die Lehrer arbeiteten, von unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen, mit Freude, Eifer und Geschick. Sie pflegten ein reges Vereinsleben und verfolgten die pädagogischen und die sonstigen wichtigeren geistigen Bestrebungen der Zeit. Dieser Lehrerschaft nun trat der Herr Schulinspektor bei seinen amtlichen Besuchen durchweg so entgegen, als ob sie aller Berufstüchtigkeit und aller Pflichttreue bar seien. Und so ist es geblieben. Pedanterie, Polizeigeist, Kleinigkeitskrämerei treiben ihr Wesen. Ein schief hängender Stundenplan, eine versäumte Eintragung ins Klassenbuch, ein beim Korrigieren übersehener Fehler sind Kapitalverbrechen. (…) Der Herr Schulinspektor nimmt sogar keinen Anstand, auch in der Klasse vor den Ohren und Augen der Kinder in der anstößigsten Art den Lehrer zu hofmeistern, zurechtzuweisen und anzufahren (…) Nicht zu rechtfertigen ist auch die schroffe, barsche, oft maßlos heftige Art und Weise, in welcher der Herr Schulinspektor die Kinder anzureden pflegt. Es ist nicht selten vorgekommen, daß die Kinder darüber in Tränen ausgebrochen sind …

Religionsunterricht oder nicht?
Denkschrift der bremischen Lehrerschaft, 04.09.1905

… Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates; Religion aber ist Privatsache. Diese beiden Grundsätze sind im wesentlichen vom modernen Staat bereits anerkannt. Der Staat nimmt das Recht der obersten Aufsicht über das gesamte Unterrichtswesen für sich in Anspruch und zwingt alle seine Angehörigen zum Besuch der öffentlichen oder vom Staat anerkannten Schulanstalten. Dagegen verlangt er von seinen Angehörigen nicht das Bekenntnis zu einer bestimmten Glaubensrichtung und macht ihre bürgerlichen Rechtsverhältnisse nicht von einem solchen Bekenntnis abhängig. Protestanten, Katholiken, Juden und solche Bürger, die keiner kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft angehören, genießen in Deutschland dieselben staatsbürgerlichen Rechte. Dieser Zustand ist Ausdruck des Prinzips der Glaubens- und Gewissensfreiheit.
Insofern der Staat dieses Prinzip anerkennt, gibt er zu, daß er kein Interesse daran hat, welcher Glaubensrichtung seine Glieder angehören. Damit fällt aber für ihn auch das Recht weg, seinen Angehörigen in den öffentlichen Schulen durch seine bestellten Organe eine bestimmte Glaubensrichtung zu vermitteln und den Unterricht im Sinne einer solchen Glaubensrichtung erteilen zu lassen. …

Resolution zur pädagogischen Reformbewegung, 09.01.1907

1) Die im Verein unter der Führung der Herren Gansberg, H. Scharrelmann, Eildermann usw. betriebene und gepflegte pädagogische Reformbewegung ist verdienstlich und wird der Entwicklung des bremischen Schulwesens zum Vorteil gereichen.
2) Denn sie wendet sich, wie gegen die Vergewaltigung der persönlichen Eigenart der Kinder und der Lehrer überhaupt, so insbesondere gegen das gebräuchliche Drill- und Pauksystem im Schulbetriebe und gegen eine Handhabung der Schulaufsicht im Sinne dieses Systems …
4) Der Verein stellt mit Bedauern fest, daß die Behandlung von Reformbestrebungen von Seiten der aufsichtsführenden oder sonst übergeordneten Stellen durchweg eine solche ist, daß sie einer Ächtung der ganzen Richtung und ihrer Träger gleichkommt. …

Resolution gegen das Disziplinarverfahren Holzmeier, 19.05.1909

Anläßlich des gegen den Kollegen Holzmeier eröffneten Disziplinarverfahrens gibt der Bremische Lehrerverein folgende prinzipielle Stellungnahme kund:
Erstens: Meinungsäußerungen, welche in Versammlungen eines freien Lehrervereins gemacht und durch die Presse verbreitet werden, dürfen nicht auf Grund des Disziplinarverfahrens geahndet werden. Sollten solche Meinungsäußerungen tatsächlichen Verhältnissen widersprechen, so ist der Urheber vor den bürgerlichen Gerichten abzuurteilen.
Zweitens: Die Vorschrift der Schulordnung, daß der Morgenunterricht in den bremischen Schulen mit Gesang und Gebet zu eröffnen ist, schließt für diejenigen Lehrer, welche nicht auf christlich-dogmatischem Standpunkte stehen, einen Gewissenszwang ein und ist deshalb aufzuheben.

Schulaufsicht und Schulleitung.
Thesen des Vorstandes, April 1910

Das Amt des Schulvorstehers (Rektors) im jetzigen Sinne ist abzuschaffen.
Die Verantwortung für die Leitung der einzelnen Schule übernimmt das Kollegium. Als Präsident bei den Konferenzen und zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wird ein Lehrer bestellt und zwar unter Mitwirkung des Kollegiums und der Lehrerschaft.
Allgemeine Richtlinien und Grundsätze für die Schulverwaltung und Schulleitung werden von der Behörde im Verein mit einer geeigneten Vertretung der Lehrerschaft festgesetzt.
Inspektionen der Behörde wären im Verein mit Vertrauensleuten der Lehrerschaft und ihrer Vertretung vorzunehmen.
Als erste Schritte auf dem Wege zu den gekennzeichneten Zielen sind anzusehen: die Aufhebung der Vorsteher(Rektor)-Prüfung und die Gewährung des Beschlußrechtes für die Konferenzen der einzelnen Schulen.

50 Jahre Container

Zur Anästhetik einer schleichenden Revolution

Dr. Matthias Duderstadt

■ Anlässlich des 50. Jahrestages von Containern in Bremen entwickelte die Künstlerin Karin Demuth unter Mitarbeit des Autors die Idee einer Raum-Zeit-Manufaktur in einem Container neben dem Speicher XI in der Überseestadt. In der temporären Installation stellten unter der Leitung von David Rusek Fachoberschülerinnen und -schüler der Wilhelm-Wagenfeld-Schule eine Woche lang an mehreren Stationen containerähnliche Boxen her. Dies ist ein guter Anlass, um sich Klarheit über die kurze, aber folgenreiche Geschichte der Container zu verschaffen.

Alltag

Zwar sind heute in den Innenstädten und Wohnvierteln hier und da Container zu sehen: Altkleidercontainer, Flaschencontainer, Baustellencontainer, Wohncontainer, ab und an vielleicht sogar ein Frachtcontainer. Aber man kann sie so lange betrachten, wie man will – einen Hinweis darauf, welche umwälzenden weltweiten Veränderungen sich im globalen Warenverkehr in den vergangenen Jahrzehnten ereignet haben, wird man nicht finden können. Kennt man die tief greifenden technischen und technologischen Veränderungen, sieht man in ihnen unscheinbare, wenig beredte Boten aus der Welt der riesigen, von der Öffentlichkeit abgeschotteten Container-Terminals, die überall in den Hafengebieten der Welt gebaut wurden und werden. So seltsam es klingt: Die Container-Revolution oder vielleicht treffender: die Container-Digitalisierungs-Revolution (gemeint sind hier vor allem EDV und später das Internet) hat in den letzten rund 40 Jahren fast lautlos und unbemerkt von der Mehrheitsgesellschaft stattgefunden.

Es war

Alt sind diese Kisten nicht. Der amerikanische Fuhrunternehmer Malcolm McLean (1913 - 2001) verkauft 1955 den Großteil seines erfolgreichen Unternehmens und wird zum Reeder. Er ist ein Mann von ausgeprägtem praktischen Verstand. Schon lange hat er sich über das in seinen Augen umständliche Be- und Entladen seiner Laster geärgert und über das umständliche und zeitaufwändige Umladen von LKW-Ladungen auf Züge oder Schiffe. Er kauft von der US-Marine einige ausgediente Tanker und lässt sie zu Containerschiffen umbauen. 1956 verlässt der erste seiner Frachter den Hafen von Newark in New Jersey. Zehn Jahre später, am 5. Mai 1966, bringt die Fairland aus McLeans Flotte die ersten Container nach Bremen.

Die deutschen Gewerkschaften und Reeder sind zunächst skeptisch bis ablehnend. Die Arbeiter befürchten zu Recht den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen, die Reeder sehen ihre Gewinne schrumpfen, da sie den Preis für den Stückguttransport nicht mehr einzeln aushandeln können. Ihnen ist bewusst, dass die Container die Frachtkosten massiv senken werden.

Zunächst also setzen sich die Stahlboxen nicht durch. Als McLean im Jahr 1967 zu Ohren kommt, dass das amerikanische Militär Schwierigkeiten hat, die Truppen in Vietnam schnell genug zu beliefern, bietet er dem Militärministerium an, einen seiner Frachter probehalber umsonst von den USA nach Vietnam und zurück zu schicken. Der Versuch verläuft erfolgreich und McLean bekommt den Auftrag, mit seinen Containerschiffen die amerikanischen Truppen mit Nachschub zu versorgen. Dieser Erfolg trägt wesentlich dazu bei, dass sich der Transport mit Containern nach und nach weltweit durchsetzt, in Deutschland etwa am Ende der 1970er-Jahre. Wieder einmal führt ein Krieg dazu, dass sich eine neue Technik oder Technologie etabliert oder durchsetzt.

Vernetzung

Die Verwendung von Containern bedeutet eine andere Organisation des Raums: Anstelle von Einzelteilen werden Kisten ge- oder entladen, die Schiffe werden so gebaut, dass sie unter und über Deck möglichst viele Container aufnehmen können, und der weltweite Verkehr auf dem Wasser, der Schiene und der Straße wird nach und nach durch internationale Abkommen so aufeinander abgestimmt, dass die Kisten problemlos von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden können.

Produktionsstraße

Aber diese neue Organisationsform fasst die grundlegenden Veränderungen innerhalb der letzten vier Jahrzehnte nur zu einem sehr kleinen Teil. Container, EDV, Laser (Scanner), Warencodierung (Strichcodes), Internet und GPS bilden eine Art Verbund im globalen Frachtverkehr. Die Warendaten werden an zentrale Rechner übermittelt, wodurch der Gesamtverkauf ermittelt und der zukünftige Konsum prognostiziert werden kann, der für die Beladung der Container maßgeblich ist.

Mittlerweile sind alle diese verschiedenen Faktoren so aufeinander abgestimmt, dass es nahezu keine Lagerkosten mehr gibt und Lagerhallen und Schuppen, wie zum Beispiel im Bremer Hafengebiet, in ihrer ursprünglichen Funktion fast überflüssig geworden sind. Heute ist die Lagerzeit weitgehend identisch mit der Frachtzeit, also vor allem mit der Zeit, in der sich die Waren weltweit auf den Schiffen befinden.

Längst nicht mehr wird die EDV nur zur Abstimmung des Warenverkehrs genutzt, sondern auch zur möglichst ausgeglichenen Beladung, also Stapelung der Container, damit die Schiffe keine Schlagseite bekommen und die Container im Wasser landen und im Meer verschwinden.

All dies zusammen – die internationale Vereinheitlichung der Maße auf LKW, Zügen und in Flugzeugen, die elektronische Datenverarbeitung, das Internet und später das GPS – hat zu einer ungeheuren Verdichtung von Raum und Zeit, mit anderen Worten: zu einer kaum glaublichen Verringerung der Kosten und Preise beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass Lebensmittel aus Südamerika oder technische Geräte aus Asien heute in Deutschland nicht mehr kosten als die aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern.

Behälter und Schrift

Es ist, wird sein

Heute werden etwa 95% der weltweiten Warenströme mit Containern erledigt: Auf den sieben Weltmeeren sind Insgesamt etwa 110 Millionen Seecontainer unterwegs.

Eine Zeit lang sah es so aus, als wäre das Wachstum zumindest bei Schiffen am Ende angekommen: Als ab 2006 das erste Schiff der Emma-Maersk-Klasse in Betrieb genommen wurde, auf dem fast 14 800 Standardcontainer (20-ft-Container) Platz finden, hielten die meisten Fachleute die Obergrenze für erreicht. Sie behielten etwa sechs Jahre lang recht. 2012 folgte die Maersk Mc-Kinney Møller mit fast 18.300 und 2015 mit über 19.200 Container-Plätzen die MSC Oscar. Das Überschreiten der 20.000-Grenze scheint nur noch einer Frage der Zeit.

Der Zuversicht, Zukunftsgläubigkeit und Euphorie auf der einen Seite steht die Skepsis, Ablehnung und Empörung auf der anderen gegenüber. Denn Flüsse müssen noch weiter vertieft, manchmal sogar verbreitert werden, an bestehenden oder zukünftigen Tiefwasserhäfen werden ufernahe Landschaften und der Meeresgrund zerstört. Und kaum auszumalen, wenn ein Großteil der Server zusammenbräche, was Technikkenner für nahezu ausgeschlossen halten. Wie auch immer. Wir alle sind unwiderruflich im Zeitalter der Digitalisierung angekommen.

Buchtipps
Zusammengestellt
von
Ingrid Emmenecker

Duden

Leseprofi

Fußballhelden, 2. Klasse
Klassenfahrt mit Hindernissen, 2. Klasse
Duden-Verlag 2016, je 7,99 €

Das Multikulti-Mitmach-Liederbuch mit einer CD

Ein Schubidu geht um die Welt

Für Kinder von 3-8 Jahren
Das Spiel- und Praxisbuch enthält Lieder aus 18 Ländern. Nahezu sind alle in der Original- und in deutscher Sprache auf der beiliegenden Audio-CD zu hören. Zu den einzelnen Liedern gibt es Aktionen, die das jeweilige Liedthema spielerisch begleiten.
Herder-Verlag 2016, 24,99 €

Eine Wohlfühl-Geschichte für Kinder

Fee Krämer

Jette erst recht

Jettes Problem: Die Papa-Augen und Papa-Ohren. die ständig auf Empfang sind. Überall mischt er sich ein. Sie darf nicht mal mehr ihre Hausratte mit in Papas Cafe bringen, und reportern darf sie dort schon gar nicht. Klare Sache: Papa braucht eine Frau, damit Jette ihre Ruhe hat.
Sauerländer-Verlag 2016, 10,99 €

Ideal für Vertretungsstunden

Juliane Stubenrauch-Böhme

Die schnelle Stunde Französisch

30 Unterrichtsstunden ohne Vorbereitung. Keine Vorbereitung, kein Basteln, keine aufwendigen Materialien. Durch den klaren Aufbau, witzige Zeichnungen und nützliche Angaben zur Klassenstufe, Zeit und Varianten ist man für eine interessante und lehrreiche Stunde bestens vorbereitet. Die Ideen sind abwechslungsreich und immer auf eine Schulstunde angelegt, zum Teil erweiterbar auf eine Doppelstunde, Sekundarstufe I und II. Auer-Verlag, Donauwörth 2012

Wir müssen das Schulsystem grundliegend ändern

Sabine Czerny

Was wir unseren Kindern in der Schule antun

Warum verlieren oft schon kleine Kinder die Lust am Lernen? Warum fühlen sich Eltern und Lehrkräfte oft vollkommen ohnmächtig? Die Autorin ist überzeugt: Der Grund dafür liegt in unserem Schulsystem. Ein System. das Kinder sortiert, anstatt sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen und echte Bildung zu ermöglichen. Die Lehrerin Sabine Czerny führt uns vor Augen, was in den Klassenzimmern schiefläuft, aber auch, wie und welche Verbesserungen möglich sind.
Südwest-Verlag 2010, 19,90 €

Zum Umdenken und Mut machen

Mario Müller-Dofel

Karriere ohne Studium

Zehn Interviews mit erfolgreichen Nichtakademikern und renommierten Personalexperten. Das buch erklärt, spornt an und macht Mut: Es ist zu schaffen! Der berufliche Aufstieg gelingt auch Nichtakademikern. Beispiele dafür gibt es genug. Sehr bewusst hinterfragt das Buch den in Deutschland herrschenden Akademisierungstrend, der immer wieder junge Menschen auf falsche Wege führt. In sehr persönlichen Interviews wird klar, wie Menschen auch ohne Studium aufsteigen können.
Springer-Verlag, Wiesbaden 2015, 19,90 €

Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung

Julian Nida-Rümelin

Der Akademisierungswahn

In der deutschen Bildungspolitik wird die berufliche Bildung vernachlässigt. Im Gegenzug wird die akademische Bildung immer beliebiger und flacher. Mit klaren Worten und eindeutigen Fakten zeigt der Autor auf, wie gefährlich der gegenwärtige Trend ist,

der am Ende sowohl die berufliche als auch die akademische Bildung gefährdet. Dabei sind beide Ausbildungen zwar unterschiedliche, aber gleichwertige Wege zu einem gemeinsamen Ziel: jede Person nach ihren Begabungen und Interessen zu bilden.
Edition Körber, Hamburg 2014, 16,00 €

Streitschrift für eine Erneuerung des Gymnasiums

Christoph Schmitt

Bildung auf Augenhöhe

Die Rede von der »Bulimie-Pädagogik« spiegelt Erfahrungen ganzer Schülergenerationen wider: Stoff auswendig lernen, um ihn bei der Prüfung wieder herauszuwürgen. So betreiben Gymnasien ihr Geschäft bis heute. Aber Bildung ist etwas anderes und geht auch andern. Der Autor zeigt auf, warum sich diese Unkultur so hartnäckig hält und welche Alternativen es dafür gibt.
Bildungsverlag, Bern 2013, 19,90 €

Wie man Kinder großzieht, die Welt rettet und dabei nicht verrückt wird

Kate Blincoe

Green parenting

Mit viel Humor gibt die Autorin kreative und praxistaugliche Antworten auf »grüne« Elternfragen. Für die Mutter zweier Kinder geht es nicht darum, perfekt zu sein, es geht darum, Dinge auszuprobieren und zu spüren, wie gut es tut, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen. Rezepte für gesunde Partysnacks, Tipps und Tricks fpr gelungenes Zelten oder mehr Erfolg im Schrebergarten. Das Buch ist der ideale Ratgeber für alle, die nach Inspiration suchen, mit Kindern ein nachhaltiges Leben zu führen.
oekom-Verlag, München 2016, 20,60 €

Position der GEW Bremen zu digitalen Medien in der Bildung

Lieber GEW-Vorstand, liebes BLZ-Team, lieber AK Grundschule, mit den in der BLZ veröffentlichten Positionen der Bremer GEW zu Medienfragen (die sich nicht mit denen auf Bundesebene decken) kann ich mich nicht mehr identifizieren. Bereits der BLZ-Artikel über die Lernplattform itslearning in der Ausgabe vom Nov./Dez. 2014 war haarsträubend. Das war nicht kritisch-informativ, sondern in allen Teilen (Genese, Kosten, Implementierungsstrategie und Diffusion der Plattform) sachlich so grundfalsch, dass eine Richtigstellung einen wirklich in Gänze neuen Artikel erfordert hätte.

Vollends entsetzt war ich jetzt über die Veranstaltung »Die Lüge der digitalen Bildung« mit Leipner und die folgende Berichterstattung in der BLZ 05/06-2016. Leipner und Spitzer als Ratgeber der GEW – da bin ich doch verwundert. Kritische Betrachtung auf jeden Fall, Unterricht wird durch den Einsatz digitaler Medien nicht automatisch besser – aber gerade von der GEW erwarte ich zu diesem Thema ein differenziertes Herangehen.

Ein derart unseriöser und unlauterer Vortrag, wie der des Referenten Leipner ist tatsächlich selten zu erleben. Auf diesem Niveau verabschiedet sich die Bremer GEW von einer ernsthaften Debatte über den Nutzen und die Wirkungen der Digitalisierung. Behauptungen und Einzelbeispiele sind keine Belege, mit Negativbeispielen eines kommerziellen Fernsehsenders (hier SuperRTL) beweist man gerade nicht die generelle Schädlichkeit von didaktischen Internetangeboten – guckt doch bitte mal bei den öffentlich-rechtlichen, beispielsweise der ARD wie Bayern Alpha oder Kika. Ich bin sauer, dass mein Mitgliedsbeitrag für so einen schlechten Vortrag verschleudert wird.

Ist es Fehlinformation oder absichtliches Wegsehen? In der bewussten Veranstaltung sind sehr wohl Vertreter des Zentrums für Medien aufgetreten, z. B. ein Grundschullehrer, dessen Beratung und Fortbildung bremenweit und über Bremens Grenzen hinaus geschätzt und vielfach nachgefragt ist. Fortbildungen gibt es im Übrigen (entgegen der Behauptung der BLZ) auch für die Grundschule viele: Internet-abc, Lernen durch Fotografieren, Mediacoach, Lernsoftware in der Grundschule, itslearning-Angebote, Lesen lernen mit Onilo, Medienrecht sowie jedes gewünschte Thema auch als schulinternes Angebot. Es gibt Handreichungen, die den Bildungsplan Medienbildung ergänzen uvam.

Wenn die Bremer GEW Orientierung braucht: Ich empfehle einen Blick auf die Bundesebene, z.B. https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40170&token=89757e33953e4479efee1c56b1a35632641c0ddc&sdownload=&n=Erfolgreich_mit_Neuen_Medien__-Was_bringt_das_Lernen_im_Netz.pdf http://www.gew-shop.de/broschuere-erfolgreich-mit-neuen-medien.html und viele weitere Materialien - Ihr wisst ja, wo Ihr sie findet.

Was ich mir wünsche: Eine kritische Auseinandersetzung mit den verkürzenden Begriffen digitales Lernen, digitale Bildung, welches Medium zu welchem Zweck, methodisch-didaktische Überlegungen zur Nutzung digitaler Medien, wie umgehen mit den Gewohnheiten von Jugendlichen, Maßnahmen gegen Mediensucht, wo stecken finanzielle Interessen hinter Angeboten, Daten als Ware, Medienkompetenz nicht nur für die Arbeitswelt, sondern ganzheitlich gesehen, welche (Rollen-, Vor-) Bilder werden in Lern- und Spielesoftware vermittelt … die Liste von kritisch unter die Lupe zu nehmenden Themen ist lang – damit sollte sich die Bremer GEW mal befassen. Ich helfe gerne. Und mit mir die Kolleginnen und Kollegen vom Zentrum für Medien. Am besten verabreden wir uns mal zu einem Informationsaustausch, damit die Berichterstattung der GEW wieder den Standard früherer Jahre gewinnt.

Am Ende muss sich die Bremer GEW entscheiden, mit wem sie sich gemein macht: den Populisten (und Nicht-Pädagogen) Leipner, Lembke und Spitzer. Oder debattiert die GEW eher mit den seriösen wissenschaftlichen Einrichtungen und Initiativen wie »Keine Bildung ohne Medien« oder der GMK sowie den universitären Lehrstühlen (sehr lesenswert die sogenannte »Dagstuhl Erklärung« zu Medien und Bildung unterzeichnet von vielen renommierten Wissenschaftlern). Ich bin gespannt, wohin die Bremer GEW sich künftig bewegt: in Richtung Populismus oder konstruktivem und fundiertem Diskurs. *Inge Voigt-Köhler*

Erfolg der GEW vor Gericht

Stichwort Arbeitnehmerüberlassung:

Seit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Jahr 2012 weist die GEW darauf hin, dass es sich bei dem Einsatz von Beschäftigten der Schulvereine sowie bei der Stadtteil-Schule e.V. an Schulen um Leiharbeit im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes handelt. Die Behörde hat diese Position immer bestritten. Seit Juli diesen Jahres liegt ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Bremen-Bremerhaven vor, das die Rechtsauffassung der GEW bestätigt. Die wesentlichen Merkmale eines Leiharbeitsverhältnisses sind gegeben: vollständige Integration der Beschäftigten in den Schulalltag sowie Weisungsbefugnis und Fachaufsicht über die Schule. Eine langjährig bei der Stadtteilschule e.V. angestellte Schulsozialarbeiterin (pädagogische Mitarbeiterin) hatte mit Hilfe der GEW auf Übernahme in den öffentlichen Dienst geklagt, da die Stadtteil-Schule e.V. zu Beginn ihres Arbeitsverhältnisses noch nicht über eine entsprechende Erlaubnis zur Überlassung von Arbeitnehmer*innen verfügte. Wir gehen davon aus, dass die Behörde in Revision geht.

Frischluft

■ **Schulbeginn 2016:**
Ahoi! Volle Fahrt voraus!

Alles in Butter! Macht euch bitte keine Sorgen. Nur jetzt ausgerechnet, Mitte August, leider dieses lästige Problem mit den fehlenden Kita-Plätzen. Das macht mein schönes Bild von der Leistungsfähigkeit der Bremer Politik etwas madig.

Das ist mir völlig unverständlich, da Bremen eine der wenigen Großstädte ist, in der konsequent auf vorausschauende Planung und Bürgerbeteiligung geachtet wird. Es ist auch unfair, dass man Babys macht und keinem sagt, dass die auch geboren werden und von grausamen Eltern dann abgeschoben in Krippen und Kitas landen werden. Reicht nicht das Abhören unter Freunden und die Vorratsdatenspeicherung, muss jetzt auch noch jede popelige Geburt gemeldet werden.

Und der Hammer folgt ja dann in 6 Jahren, da erfolgt schlagartig eine Einschulung, irgendwie möglichst wohnnah auch noch. Da hilft die Bogedaneske Taskforce (GSG16 Kinder und Bildung), das hört sich enorm emsig und zackig an, zumal, wenn sie von der Leiterin der Kultusministerkonferenz persönlich angeschoben wird. Das gab es an unserer Schule wg. Konflikten auch mal, vom damaligen General Bothmann angeordnet. Hat einmal getagt, hat nichts erreicht, hörte sich aber an wie »jetzt geht's looos«! Und: Wer ist denn am Rembertiring für eine Taskforce geeignet, körperlich, psychisch, geistig durchtrainiert?

Und aus den ungeplant Geborenen werden später die Bachelorlehrkräfte, die den Unterricht billig machen, weil man ja nie wissen konnte, dass es mal Lehrkräftemangel geben könnte. »Hau weg den Mist« haben wir zu Willi Lemke gesagt, der die Sozialpädagogen und Sportlehrer nicht mehr in Bremens Uni sehen wollte. »Reiß ab den Müll« haben wir gesagt, als man Hallenbäder nach 40 Jahren sanieren musste und das nicht wußte. »Macht zu den Scheiß und verkauft ihn«, haben wir gesagt als Schulen geschlossen wurden, denn man rechnete sehr wohl, aber mit einer Schülerschmelze. »Nicht verbeamten« haben wir gerufen, damit es in Bremen damals viele Angestellte Lehrkräfte gab, die man schnell rausschmeißen wollte, denn es war ein Lehrerberg vorhergesehen!

Kann man irgendeinen Schuldigen nennen, der je für irgendetwas Verantwortung übernommen hat? Nein, das wäre anstandslos. Alle haben das Problem bewundert, hatten aber leider keine Lösung! Kennt man in der Behörde bis hinauf zur Senatorin diese Alternative, dass man sagt, man hätte einen Fehler gemacht, den man vielleicht korrigieren könnte, kennt man gar das Wort Entschuldigung?! Nein, kennt man nicht, braucht man auch nicht zu kennen, denn man hat ja seinen Wort- und Satzbausteinkasten der Allgemeinplätze: Wir verstehen die Sorgen (die wir nicht haben!) Haben wir zur Kenntnis genommen, können wir im Moment nicht darstellen, wir sind auf einem guten Weg und generell eigentlich gut aufgestellt, damit wir die Mitte zurückerobern, kein Hochdotierter darf zurückgelassen werden (Frei nach no child left behind!), unsere Planung ist ambitioniert und alternativlos. Ihr wundert euch über soviel Engagement und Weitsicht der Behörde.

Falsch! Das Behördenleben ist extrem bunt und vielfältig, kaum einer, den man vor drei, zwei, eins Jahren noch an dieser oder jener Stelle auf irgendeiner dieser oder jener gut bezahlten, aber nutzlosen. Funktion gesehen hat, ist noch da! Und dieses Karussell dreht sich wohl immer schneller. Namen muss man sich deswegen auch nicht mehr merken, denn morgen könnte schon ein anderer, eine andere auftauchen, die man noch nie sah, deren Gesicht man sich aber vielleicht doch merken sollte, falls es an höherer Stelle oder im Wahlkampf von der Litfaßsäule dümmelt. (Wer über diesen Freimarkt der Stellen Auskünfte will, der ist im Personalrat, bei Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung immer gern gesehen.)

Insofern habe ich für dieses Schuljahr fahren gelassen, die Hoffnung nämlich; ich will der Realität in's Auge sehen. Ich vertraue meinen Vorgesetzten blind und arbeite gern bis ich umfalle, weil hinter jeder Ecke, so die Medien, neue Herausforderungen auf mich warten können.Und liebe junge Kollegen, dann kann man sich irgendwann auch lässig und bequem eine Endlosschleife hirnoperieren lassen. Und die Medien, die dieses Schauspiel Bremer Filzung täglich windelweich begleiten? Ach, das sind doch nur Machwerke, in denen Leute, die nicht schreiben können, für Leute, die nicht lesen können, Leute interviewen, die nicht sprechen können, weil sie von Leuten berichten, die ich nicht kennenlernen möchte! Insofern ruhige See!

Wilfried Meyer

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug

BLZ angeklickt werden.
Viele gekürzte Artikel
sind hier in ungekürzter Form
nachzulesen.

www.awb-bremen.eu
www.awb-bremen.de

»Passivität«

»Passivitär ist der Drachen, den die Frau bei ihrer Forderung nach Unabhängigkeit töten muss.« Jill Johnston

»Lügen«

»So ehrlich kann ein Mensch gar nicht sein, dass er sich nicht selbst belügt.«
Rupert Schützbach

»Es gibt fünf Arten der Lüge: die gewöhnliche Lüge, den Wetterbericht, die Statistik, die diplomatische Note und das amtliche Communiqué.« GBS

belladonna

www.belladonna-bremen.de
September 2016

Das Digitale Deutsche Frauenarchiv (DDF) wird die Bestände zur deutschen Frauenbewegung aus fast 40 Lesben-/Frauenarchiven, -bibliotheken und -dokumentationsstellen des i.d.a. (informieren, archivieren, dokumentieren) Dachverbandes bündeln und online zugänglich machen. Eines der größeren Archive und Dokumentationszentren ist das belladonna Frauenarchiv in Bremen. Die hier gesammelten Schätze zur Frauenbewegung werden in Form von Digitalisaten, Bestandsdaten und auch weiterführenden Informationen in Zukunft, dem sich im Aufbau befindenden Online-Portal zur Verfügung gestellt werden. Darunter befindet sich u.a. der Nachlass von Dr. Erika Riemer-Noltenius, eine der Mitbegründerin des Bremer Beginenhof-Modells, Frauenrechtlerin und Mitinitiatorin der feministischen Partei. Darüber hinaus hat belladonna maßgeblich an dem Konzept des DDF mitgearbeitet und wird im Fachbeirat des DDF durch die Geschäftsführerin von belladonna, Maren Bock vertreten sein.

20.09.2016, 19.30 Uhr, **»belladonna Gründerinnenpreis 2016«**, Einlass und Empfang 19.00 Uhr. Öffentliche Preisverleihung 19.30 Uhr. **Info: Tel.: 0421-703534.**

Schnürschuh Theater im September 2016

09.09.2016, 20.00 Uhr, **»Herr Lehmann«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater. Nach dem Roman von Sven Regener.
11.09.2016, 19.00 Uhr, **»Tschick«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater.
16.09.2016, 20.00 Uhr, **»Anders«**, Premiere, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater.
Weiteres Programm:
18.09.2016, 18.00 Uhr, **»Anders«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater. Auch am 20.09.2016, 21.09.2016, 22.09.2016, 23.09.2016, jeweils 10.00 Uhr.
23.09.2016, 20.00 Uhr, **»Anders«**, Schauspiel, Schnürschuh The.
24.09.2016, 20.00 Uhr, **»Herr Lehmann«**, Schauspiel, Schnürschuh Theater.
26.09.2016, 10.00 Uhr, **»PAPA YOLO EPIC FAIL«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater.
27.09.2016, 10.00 Uhr, **»PAPA YOLO EPIC FAIL«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater.
27.09.2016, 19.00 Uhr, **»PAPA YOLO EPIC FAIL«**, Schauspiel - Ensemble Schnürschuh Theater. **Tel.: 0421-555410.**

»Theaterpädagogik: Jour Fixe«

In den monatlichen Impulsworkshops geht es um verschiedene theatrale Formate, werden Spielideen aus den Inszenierungen aufgegriffen und auf ihre Übertragbarkeit in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen überprüft.
Termin: jeden ersten Mittwoch im Monat, 17-19 Uhr, Treffpunkt Kleines Haus.
Teilnahme kostenlos. Anmeldung unter: theaterpaedagogik@theaterbremen.de.

Junges Theater / MOKS:

10.09.2016, 16.00 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+, Wiederaufnahme.
11.09.2016, 16.00 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+,
13.09.2016, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+.
14.09.2016, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+.
15.09.2016, 10.30 Uhr, **»Wunderbrut«**, 6+.
16.09.2016, 19.00 Uhr, **»Hikikomori« (14+)**, von Holger Schober, eine MOKS-Produktion. Brauhauskeller.
17.09.2016, 18.00 Uhr, **»Junger Tanz aus Bremen«**, MOKS – im Rahmen der Bremer Tanztage.
19.09.2016, 10.30 Uhr, **»Hikikomori« (14+)**, Brauhauskeller.

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Shakespeare Company im September 2016«

10.09.2016, 19.30 Uhr, **»Socken, Lügen und Wein«**. Gastspiel von Alvaro Solar.
11.09.2016, 19.30 Uhr, **»Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben«**. Szenische Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Kooperation mit der Uni Bremen.
12.09.2016, 19.30 Uhr, **»Weisser Geburtstag«**. Szenische Lesung im »Falstaff«.
14.09.2016, 19.30 Uhr, **»Ein Sommernachtstraum«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
15.09.2016, 19.30 Uhr, **»Der Kaufmann von Venedig«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
16.09.2016, 18.00 Uhr, **»Tanztage in Bremen«**. Festival der Tanzszene Bremen.
17.09.2016, 19.30 Uhr, **»Macbeth«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
19.09.2016, 19.30 Uhr, **»Bremen: Stadt der Kolonien?«**. Szenische Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Kooperation mit der Uni Bremen.
19.09.2016, 20.00 Uhr, **»Blue September«**. Liederabend im »Falstaff«. Eintritt frei. Eine Reservierung ist nicht möglich.
20.09.2016, 19.30 Uhr, **»Hamlet«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
21.09.2016, 19.30 Uhr, **»Schachnovelle«**, nach Stefan Zweig. Figurentheater mit Live-Musik von der »Bühne Cipolla«.
22.09.2016, 19.30 Uhr, **»König Lear«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
23.09.2016, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**, von Christopher Marlowe. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
24.09.2016, 19.30 Uhr, **»Was ihr wollt«**, von William Shakespeare. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
26.09.2016, 19.30 Uhr, **»Bremen: Stadt der Kolonien?«**. Szenische Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Kooperation mit der Uni Bremen.

Info: Tel.: 0421-500333.

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

18. Oktober, Betriebsratswahl
Stadtteil-Schule e.V.
Offene Liste GEW wählen!

Am 18 Oktober wird erstmalig ein Betriebsrat für die Stadtteil-Schule gewählt.
Für den Wahlgang seid Ihr von Eurer Arbeit freigestellt.
Falls Ihr nicht persönlich zur Wahl erscheinen könnt, könnt Ihr Briefwahl beantragen (Wahlvorstand Betriebsrat Stadtteil-Schule e.V., Hinter der Mauer 9, 28195 Bremen).
Die Wahl findet am 18 Oktober von 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr in den Räumen des Wahlvorstandes in der Geschäftsstelle der Stadtteil-Schule statt.

Die neue BLZ-Redaktion: Wifried Meyer, Karsten Krüger, Werner Pfau (v.l.n.r.). Redakteurinnen werden weiterhin gesucht (siehe S.3).

Stadtverband Bremen

September 2016	
01.09.	**FG Oberschule,** 17.00 Uhr, GEW Sitzungszimmer
05.09.	**AK Grundschulen,** 17.00-19.00 Uhr, GEW Sitzungszimmer
07.09.	**AK Kurdistan,** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
08.09.	**AK Päd. Mitarbeiterinnen,** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
13.09.	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,** 10.00 Uhr GEW Geschäftsstelle
27.09.	**AK Berufsbildende Schulen,** 17.00-19.00 Uhr, DGB Haus
29.09.	**Inklusive Schule & Sonderpädagogik,** 17.00 Uhr, GEW Geschäftstelle

Seminare

Wie bleibe ich bei Stimme?
Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Über die Atmung lernen wir, mit stressigen Situationen leichter umzugehen. Wir erhalten persönliche Tipps und Tricks, um unsere Stimme selbst positiv beeinflussen zu können.
Leitung: Ekkehard Lampe-Steinhage
17.09.2016, 10:00 bis 17:00 Uhr
Etage Tanz und Bewegung
Bahnhofstr. 12, 28195 Bremen
Teilnahmebeitrag 10 € inkl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?
Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die Kolleg*innen zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und für den weiteren Berufsweg kraft zu tanken.
In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Leitung: Cornelia Ölund
19.10.2016 - 21.10.2016, 16:00 bis 13:00 Uhr
Marschenhof Wremen, In der Hofe 16,
27638 Wurster Nordseeküste
Teilnahmebeitrag 30 € inkl. Ü/V
(Nicht-Mitglieder 100 €)

Wochenendseminar: Zukunftswerkstatt Oberschule | Austausch und Ideenentwicklung zu Perspektiven unserer Arbeit
Auf unserem Seminar wollen wir den aktuellen Problemen der Oberschulentwicklung unsere Utopien und Vorstellungen zu einer besseren Oberschule gegenüberstellen und daraus einen Handlungsleitfaden entwickeln, mit dem an der eigenen Schule erste Schritte zu einer veränderten Oberschule angeregt werden können. Daraus leiten wir konkrete politische Forderungen zu angemessenen Rahmenbedingungen der Oberschularbeit ab
21.10.2016 - 22.10.2016, 15:00 bis 14:00 Uhr
Bildungs- und Freizeitstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie in Bad Zwischenahn
Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn

Jeden Tag auf der Bühne
Lehrer*innen und Erzieher*innen stehen jeden Tag auf der »Bühne« vor einem anspruchsvollen Publikum. In diesem Seminar erforschen wir die »Bühnengesetze« und schauen uns die Alltagssituationen von Menschen in pädagogischen Berufen aus einer neuen Perspektive an: Wie viel Zeit nehme ich mir, bevor ich anfange zu sprechen? Wo stehe ich im Raum, um möglichst präsent zu sein? Wie dringe ich energetisch und stimmlich zu meinem »Publikum« durch, ohne mich zu sehr anzustrengen? In welcher Körperhaltung begegne ich einem Vorgesetzten und was ist die Wirkung?
Leitung: Mirjam Dirks
05.11.2016, 10:00 bis 17:00 Uhr
Etage für Tanz und Bewegung,
Bahnhofstr. 12, 28195 Bremen
Teilnahmebeitrag Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)